Merseburger Korrespondent

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich 2,50 M.: durch den Boten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 2,70 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,— Mk. Einzelnummer 10 Pf.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Chiffreanzeigen und Nachweisungen 20 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags.
:—: **Telefon Nr. 324.** :—:

Nr. 55. **Sonnabend, den 15. März 1919.** **45. Jahrg.**

Zusammentritt der preußischen Landesversammlung.

Bei dicht gefülltem Hause, aber spärlich besetzten Tribünen ist gestern die am 26. Januar gewählte Preußische Landesversammlung zum erstenmal zusammengetreten. Der Eröffnungstag vollzog sich ohne alle Förmlichkeiten, wenigstens im Saale selbst. Außerhalb des Sitzungssaales waren allerdings nicht wenige Formalitäten zu erledigen, bis der Zutritt gestattet wurde. Schon wenn man sich dem Hause näherte, wurde an der Wilhelmstraße und an der Königgrätzer Straße nach dem Ausweis gefragt. Wer nicht im Besitz einer offiziell abgestempelten und mit Namensunterschrift versehenen Photographie war, wurde von den Soldaten zurückgewiesen. Im Hause selbst erfolgte eine neue Untersuchung, diesmal, wenigstens für alle, die nicht Abgeordnete sind, sogar genaue Leibesuntersuchung, ob auch nicht eine Waffe in das Haus einzuschmuggeln versucht wird. Auf der Journalistentribüne abermals eine genaue Prüfung, ob auch die Legitimation wirklich in Ordnung ist. So ungewöhnlich diese strengen Absperrungsmaßregeln waren, unterzogen sich mit Rücksicht auf die Notwendigkeit alle den wiederholten Prüfungen. Der spärliche Besuch der Tribünen war sicher nicht zurückzuführen auf einen Mangel an Interesse in der Bevölkerung, sondern auf die Unmöglichkeit, eine Tribünenkarte zu erhalten. Im Abgeordnetenhause sind sonst selbst an „großen" Tagen Tribünenkarten leicht zu erhalten. Am Donnerstag aber wurden Tribünenkarten an Fremde überhaupt nicht ausgegeben, sondern unter den Abgeordneten verteilt, die Bürgschaft leisten mußten für die von ihnen mit Karten beglückten Personen.

Der Sitzungssaal ist in seiner Gestalt der alte geblieben. Die Zahl der Mitglieder ist von 443 auf 401 gesunken. Der starke Zusammenbruch der Konservativen und das Anwachsen der sozialdemokratischen Mandate haben eine Verschiebung der Plätze für die Fraktionen nach rechts bewirkt. Die Deutsche demokratische Partei sitzt etwa in der Mitte des Hauses, dort, wo früher die Mitglieder des Zentrums ihre Plätze hatten. Die Deutsche Volkspartei hat in der Reihenfolge der Fraktionen den Platz mit dem Zentrum gewechselt, so daß sich rechts an die Deutschnationale Volkspartei sogleich die Deutsche Volkspartei und erst dann das Zentrum, die Deutsche demokratische Partei und die Sozialdemokraten nach links anschließen bis zu den unabhängigen Sozialdemokraten. Im äußeren Bilde des Hauses traten die Frauen wenig hervor. Sie haben sich mit ihren Fraktionskolleginnen zumeist zusammengesetzt.

Der Beginn der Eröffnungssitzung war zunächst auf 2 Uhr angesetzt, dann aber 2½ Uhr verschoben worden. Pünktlich zu diesem Termin betraten die Mitglieder des gegenwärtigen Ministeriums den Sitzungssaal ohne jedes Glockenzeichen. Noch während das laute Gesumm der Unterhaltung der Mitglieder den Saal erfüllte, ergriff plötzlich der Minister Hirsch von den Mehrheitssozialisten das Wort zur Begrüßungsanspache, um einen Rückblick auf die Vergangenheit und einen Ausblick in die Zukunft zu werfen, bevor er sein und seiner Ministerkollegen Amt in die Hände der souveränen Vertretung des Volkes zurücklegt. „Mit Genugtuung begrüßen wir den Tag", erklärte der Minister, „an dem die schwere Verantwortung von unseren Schultern genommen wird, die wir nicht aus Ehrgeiz, sondern nur aus Pflichtgefühl die Macht ergriffen haben, weil eine Macht geschaffen werden mußte, bevor es dazu zu spät war." In der Tat: gerade die Ereignisse der letzten Tage in Berlin haben wieder gezeigt, wie schwer die Last der Verantwortung auch heute noch auf den Schultern derer ruht, die berufen sind, das Staatsschiff in das Fahrwasser demokratischer Gesetzlichkeit zu lenken. Welche Stürme auch das neue Haus der Volksvertretung in nächster Zeit erleben wird, das deutete bereits der Tumult an, der auf den Bänken der Unabhängigen in gut geführter Regie sich erhob, da der Ministerpräsident das terroristische Vorgehen jener gewalttätigen und verbrecherischen Minderheit geißelte, die die Aufrichtung der Ordnung bedroht. Mit Ausnahme der Unabhängigen dankte ihm das ganze Haus, als er mit ernster Stimme feststellte, daß wir in den Abgrund sinken, wenn unser Volk sich nicht auf seine Pflicht zur Arbeit besinnt. — Einhellig war der Beifall des Hauses bis auf die Radikalen von rechts, als der Minister die Bereitwilligkeit Preußens hervorhob, im Reiche aufzugehen. Die Bedingung dafür müsse freilich sein, daß auch die anderen Gliedstaaten auf ihre bisherigen Sondervorrechte verzichteten. Das Bekenntnis zum Reich ist in der Tat noch von keiner einzelstaatlichen Tribüne aus in so unumwundener und drastischer Form gegeben worden. Den Partikularisten im Süden wird es unter diesen Umständen schwer genug werden, außerhalb ihrer Clique die Seelen für ihre eigennützigen Zwecke einzufangen. Es sind große Worte, mit denen der Ministerpräsident seine Rede beschloß. „Im Geiste der Freiheit, Ordnung und Arbeit mögen Sie arbeiten! Das alte Preußen ist tot, es lebe das neue!" Der laute Beifall der Versammlung gibt die Hoffnung, daß es trotz allem wirklich ein neues Preußen werden wird, an dessen Bau man jetzt geht, und daß das alte damit für immer überwunden ist.

Nachdem Minister Hirsch geschlossen hatte, ergriff als Alterspräsident der 71 jährige Zentrumsabgeordnete Herold das Wort zu einer Begrüßungsansprache. Das Haus stimmte seinem Vorschlage zu, die alte Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses mit Ausnahme einer Reihe von Bestimmungen vorläufig für die Landesversammlung gelten zu lassen. Die nächste Sitzung wurde auf Freitag nachmittag 3 Uhr anberaumt mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidiums und erste Beratung des Gesetzentwurfs über die vorläufige Regelung der Staatsgewalt. Über die Zusammensetzung des Präsidiums der Landesversammlung schweben noch Verhandlungen zwischen den Fraktionen. Präsident wird ein Mitglied der Mehrheitssozialdemokraten, voraussichtlich der Oberbürgermeister von Hannover, Abg. Leinert, werden. Zentrum und Deutsche demokratische Partei stellen je einen Vizepräsidenten; das Zentrum voraussichtlich den bisherigen Vizepräsidenten Dr. Porsch. Fraglich ist noch, ob die Landesversammlung dem Beispiel der Nationalversammlung folgt und, um auch der Deutschnationalen Volkspartei die Teilnahme am Präsidium zu ermöglichen, die Wahl von drei Vizepräsidenten vornimmt.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die zweite Sitzung gab es noch einen erregten Zwischenfall, hervorgerufen durch den Unabhängigen Sozialdemokraten Adolf Hoffmann. Dieser verlangte, daß auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung ein Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes gesetzt werde. Der Lärm, der nach Ablehnung dieses Antrags von den Unabhängigen erhoben wurde, bietet einen Vorgeschmack der Szenen, die wir in den nächsten Tagen in der Preußischen Landesversammlung zu erwarten haben werden.

Die Arbeiten der Preußischen Landesversammlung.

Für die Verhandlungen der Preußischen Landesversammlung ist vorläufig nur ein Zeitraum von etwa acht Tagen in Aussicht genommen. Ob es aber möglich sein wird, in dieser kurzen Zeit die der Landesversammlung obliegenden Fragen zu lösen, erscheint doch recht zweifelhaft, zumal da bei den unabhängigen Sozialdemokraten sicher das Bestreben obwaltet, die preußische Volksvertretung solange als möglich zusammen zu halten, um eine Stätte für Agitationsreden zum Fenster hinaus zu haben. Aber auch abgesehen von dauernden Störungsversuchen wird die Landesversammlung in acht Tagen schwere Mühe haben, die ihr zugedachten Aufgaben zu lösen. Schon die Erledigung des Gesetzentwurfs über die vorläufige Staatsgewalt wird nicht so rasch erfolgen, wie in Weimar die Festsetzung des entsprechenden Gesetzes für das Reich. In Weimar wurden seinerzeit die Verhandlungen der Nationalversammlung stark verzögert durch die Schwierigkeiten, ein Einverständnis über die Zusammensetzung der Reichsregierung zu erzielen. Fast heute hat es den Anschein, als ob dieselben Schwierigkeiten jetzt auch für Preußen entstehen sollen. Jedenfalls ist es für Preußen nicht leicht, Zentrumsführer und Sozialdemokraten innerhalb der Regierung vor denselben Wagen zu spannen.

Neueste Nachrichten.

Die Ankunft Wilsons.

Brest, 14. März. (Priv.-Telegr.) Präsident **Wilson** ist gestern abend gegen 8 Uhr hier eingetroffen.

Die Ansprüche Italiens.

Basel, 14. März. (Priv.-Telegr.) Aus Paris wird gemeldet: Die italienischen Delegierten haben der Friedenskommission ein Memorandum eingebracht, in dem sie unter ausführlicher Begründung das Gebiet des oberen Etschtales, das Küstenland Istrien und einen Teil von Dalmatien verlangen. Italien müsse sich gegen neue Angriffe durch natürliche Grenzen schützen. Die großen und bedeutenden Städte dieser Gebiete, wie Triest, Fiume, Pola usw. seien durchweg italienisch.

Polnische Truppenlandung.

Danzig, 14. März. (Priv.-Telegr.) Zur Vorbereitung einer Landung polnischer Truppen sind 30 französische Mannschaften unter dem Kommando des Oberleutnants Marschall und des Fregattenkapitäns Hallod hier eingetroffen.

Ein Hilferuf Danzigs.

Weimar, 14. März. (Priv.-Telegr.) An den Reichsminister Erzberger wurde folgende Eingabe gemacht: „Die unterzeichneten deutschen Abgeordneten Westpreußens ersuchen sofort Schritte zu tun, um die polnische Truppenlandung zu hintertreiben und von der Stadt das Schlimmste abzuwenden. Dr. Käthe Schirrmacher Dn. Volkspartei), Katharina Kloß (Dem.), Gehl (Soz., Reck (Soz), Weinhausen (Demokr.), Gleichauf (Demokr.), Schümmer (Zentrum).

Der sächsische Ministerpräsident.

Dresden, 14. März. (Priv.-Telegr.) Die Volkskammer wählte den bisherigen Minister des Innern und Äußeren, Dr. Gradnauer (Mehrheitssozialist), zum Ministerpräsidenten mit 49 gegen 41 Stimmen. Dr. Gradnauer nahm die Wahl mit kurzen Dankesworten an.

Die Einberufung des bayrischen Landtages.

München, 14. März. Der Landtag wird am Montag vormittags 9 Uhr zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Wahl des Ministerpräsidenten, Beratung eines Ermächtigungsgesetzes, des provisorischen Staatsgrundgesetzes und eines Gesetzes zur Aufhebung der Familienfideikommisse.

Die Volksabstimmung in Schleswig.

Kopenhagen, 14. März. (Priv.-Telegr.) Die Regierung teilte dem Reichstag mit, daß der Delegation des politischen Ausschusses von Paris Informationen zugegangen seien, wonach die Volksabstimmung in Nordschleswig in einem Monat und in Mittelschleswig zwei Monate danach stattfinden soll.

Eine englische Stimme.

London, 14. März. (Priv.-Telegr.) Ein Korrespondent des Reuterbureaus in Berlin berichtet über die letzten Vorgänge und bemerkt hierzu: Wenn Deutschland bis spätestens Mitte April keine Lebensmittel erhält, muß es tatsächlich buchstäblich verhungern. Die Kornvorräte sind im Mai erschöpft.

Spartakus überall.

Berlin, 14. März. (Priv.-Telegr.) Die „Vossische Zeitung" berichtet, daß der neue Polizeipräsident in Hamburg verschiedenen Plänen der Spartakisten auf die Spur gekommen ist. Man hofft daher, die verschiedenen Pläne zu vereiteln.

Der Belagerungszustand wieder aufgehoben.

Düsseldorf, 14. März. (Priv.-Telegr.) Wie wir erfahren, wurde gestern der Belagerungszustand wieder aufgehoben.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 13. März.

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 10 Min. Vor Eintritt in die Tagesordnung führt

Reichswehrminister **Noske** bezüglich der Berliner Vorgänge aus, daß, nachdem die Schlacht mit allen ihren Schrecken eine Woche lang getobt hat, der Aufstand als niedergeschlagen gelten könne. Nur noch in einzelnen Vororten sei die Säuberungsaktion vorzunehmen. Es müßte versucht werden, die Entwaffnung soweit als möglich durchzuführen. Daß es in Berlin zu einem wahnwitzigen Kampf, zum Mord und Plünderungen kam, sei zum größten Teil auf das Schuldkonto einiger Blätter, voran der „Roten Fahne" und der „Freiheit", zu setzen. (Abg. Haase wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, weil er in einem Zwischenruf Noske als „unverschämten Gesellen" bezeichnet hatte.) Monatelang hätten diese Organe die Bevölkerung Berlins strupellos aufgepeitscht. Redner zitiert aus der „Roten Fahne" vom 5. März Ausführungen, in denen er, Noske, beschuldigt wird, die Proletarierleichen haushoch in Deutschland geschichtet zu haben und worin die sozialistische Regierung als Massenhenker der deutschen Proletarier hingestellt wird. Sie hören, daß die Mitglieder der Unabhängigen Fraktion (mit erregter Stimme und wiederholt mit der Faust auf den Tisch schlagend) alle diese Gemeinheiten und Schamlosigkeiten sich zu eigen machen. (Großer Lärm bei den Unabhängigen.) Die große Masse der Berliner Arbeiter sind selbstverständlich anständige Menschen. Aber wie bei allen großen Massenbewegungen, so heften sich auch bei diesem politischen Generalstreik allerlei unsaubere Elemente an die Fußspuren der ehrlichen und besonnenen Arbeiterschaft. Diese „Hyänen der Revolution" haben mit ihrem Treiben begonnen, ehe der Belagerungszustand verhängt war und ehe ich nur einen einzigen Soldaten nach Berlin habe einmarschieren lassen. Redner gibt sodann eine Schilderung der Vorgänge in Berlin. Die Marinedivision habe das abgeschlossene Abkommen gebrochen, indem sie zahlreiche Waffen an die Zivilbevölkerung ausgab. Die Volksmarinedivision, die so unendliche Mühe in Berlin gemacht hat, besteht nicht mehr. (Stürmischer Beifall.) Ich gedenke tief erschüttert der Männer, die in diesen Schreckenstagen ihr Leben ließen. (Frau Zietz wird wegen des Zwischenrufes „Amokläufer" zur Ordnung gerufen.) Fast eine ganze Woche lang habe ich verhandelt, um mit der Gewalt zu zögern. Die Behauptung, der Bürgermeister von Lichtenberg habe an mich geschrieben und mich um Zurückziehung der Truppen ersucht, ist unwahr. Schweren Herzens und in höchster Not habe ich mich am 9. März abends entschlossen zur Anordnung des Standrechtes, denn ich durfte die Abschlachtung von einzelnen Soldaten nicht weiterdauern lassen. Mögen die Rasenden, die das Reich jetzt zerstören, wieder zur Vernunft kommen, damit ein normaler Rechtszustand bald wieder eintreten kann. Was geschah, verantworte ich vor dem Staate, dem Lande und dem Volke. Ich scheue das Urteil der Nation nicht. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Zwischenrufe bei den Unabhängigen.)

Es folgt der

Gesetzentwurf über die russischen Zahlungsmittel.

In der Debatte wendet sich

Abg. **Haase** (U. S.) gegen das Gesetz, das eine neue Feindseligkeit gegen die Sowjetrepublik darstelle [illegible] zwar aus politischen Gründen. Wir müssen uns gegen diese Vergiftungs- und Bestechungsgelder wenden.

Das Gesetz wird in allen drei Lesungen mit einem Antrag der Mehrheitsparteien auf Anmeldepflicht der Bestände an russischen Zahlungsmitteln angenommen.

Es folgen die Abstimmungen über das **Sozialisierungsgesetz**. § 1 wird, nachdem ein Antrag der Unabhängigen, für den auch die Mehrheitssozialisten stimmen, mit 163 gegen 135 Stimmen abgelehnt worden ist, in der Ausschußfassung einstimmig angenommen.

Bei § 2 wird der Antrag Auer, der die Entschädigungspflicht beseitigen will, mit 136 gegen 92 Stimmen angenommen, was im Hause große Bewegung und Unruhe hervorruft. Es stellt sich schließlich heraus, daß ein Posten Stimmzettel nicht mitgezählt wurde, und nach endgültiger Auszählung ist der Antrag mit 165 gegen 135 Stimmen abgelehnt. § 2 wird hierauf in namentlicher Abstimmung in der Kommissionsfassung mit 246 gegen 53 Stimmen, bei einer Enthaltung, angenommen. Ebenso, unter Ablehnung aller Abänderungsanträge, der Rest des Gesetzes.

Es folgt die zweite Beratung des **Kohlenwirtschaftsgesetzes**. Es liegen verschiedene Abänderungsanträge vor. Außerdem beantragt die Kommission eine Entschließung, wonach der Nationalversammlung mit möglichster Beschleunigung der Gesetzentwurf über die Arbeiterräte vorgelegt werden soll.

Abg. Dr. **Wieland** (Dem.): Im Reichskohlenrat müssen alle Reichsteile berücksichtigt werden. Die Bergarbeiter bitte ich, nun das Ihre zu tun.

Abg. Graf v. **Posadowsky** (Dn.): Tausende von selbständigen Existenzen werden durch dieses Gesetz zu Agenten des Staates herabgedrückt.

Um 1 Uhr wird die Beratung bis um 2 Uhr ausgesetzt.

Nachmittagssitzung.

Abg. **Henke** (U. S.): Das Gesetz enthält nur erbärmliche Surrogate von dem, was die Arbeiter gefordert haben. Wir lehnen es ab.

Abg. **Osterroth** (Soz.): Die Unabhängigen sind gegen das Gesetz, weil es die Arbeiter beruhigt. (Abg. Cohn ruft: Frechheit; er wird zur Ordnung gerufen.) Die Bergarbeiter wissen aber selbst, was sie von den Unabhängigen zu erwarten haben. Wir betrachten das Gesetz als eine Etappe auf dem Wege zur Verstaatlichung des Bergbaues. Hätten die Herren von der Rechten zehn Jahre früher den Wert der Gewerkschaften gewürdigt, so hätten sie sich viel Spartakismus erspart. Die Bergarbeiter wollen Taten sehen. Dieses Gesetz ist eine Tat.

Abg. **Koenen** (U. S.): Unsere Anträge über die Einführung der Arbeiterräte in das Gesetz sind keine Phantasien. Bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichskohlenrates wird das Gesetz nur dazu führen, die Kohlenpreise weiter zu steigern. Weil das Gesetz kein sozialistisches ist, werden wir es ablehnen und der Öffentlichkeit sagen, daß die Mehrheitssozialisten einem solchen Gesetz zugestimmt haben.

Arbeitsminister **Bauer**: Um kein Agitationsargument aus der Hand zu geben, lehnen die Unabhängigen das Gesetz ab und hetzen in alter Weise weiter.

Abg. **Walbaum** (Dn.): Ein Teil meiner Freunde stimmt der Vorlage zu, da er glaubt, daß es noch gelingen kann, durch die Ausführungsverordnungen einen Teil der schweren Bedenken gegen das Gesetz zu beseitigen.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden darauf die einzelnen Paragraphen des Gesetzes angenommen, ebenso die Entschließung der Kommission über die Arbeiterräte. Darauf wird das Gesetz sofort auch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen und des größten Teiles der Rechten angenommen. Das Sozialisierungsgesetz wird in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Außerhalb der Tagesordnung erhält das Wort

Ministerpräsident **Scheidemann**: Pressenachrichten zufolge wird von **französischer Seite in den besetzten Gebieten** eine überaus rege Propaganda betrieben, die auf eine Losreißung rheinischer Gebietsteile vom Reiche hinzielen. Die Reichsregierung sieht darin einen durch keinen Vorwand zu beschönigenden **Verstoß** gegen das allgemein anerkannte Nationalitätsprinzip und eine **unerhörte Vergewaltigung** des einheitlichen fühlenden deutschen Volkes. Die rheinische Bevölkerung, die nichts gemein haben will mit

den eigennützigen Bestrebungen einzelner interessierter Parteien, ist deutsch und wird deutsch bleiben. (Stürmischer Beifall.) Die Regelung des Verhältnisses des rheinischen Landes zum Reiche ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit. (Lebhafter Beifall.)

Eine Entschließung, die von allen Parteien unterzeichnet ist und besagt: „Die Nationalversammlung stimmt der Erklärung der Reichsregierung zu und ersucht die Regierung, diese Erklärung allgemein bekannt zu machen“, wird einstimmig angenommen.

Präsident Fehrenbach schließt darauf die Sitzung mit einer Ansprache.

Nächste Sitzung Dienstag den 25. März, 3 Uhr.

Schluß gegen 6 Uhr.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Deutsche Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen.

Im Reichsschatzamt in Berlin fand am Mittwoch eine Besprechung über die von Deutschland bei den kommenden Friedensverhandlungen zu verfolgenden Ziele, sowie über die Arbeitseinteilung bei den Beratungen über die Forderungen der Gegner statt, die von dem früheren Botschafter Grafen Bernstorff geleitet war. An ihr nahmen verschiedene Vertreter der Reichsbehörden und eine Anzahl Sachverständiger teil. Graf Bernstorff drückte zunächst das Bedauern des Reichsministers des Äußern Grafen Brockdorff-Rantzau darüber aus, daß er durch eine dienstliche Reise verhindert sei, die Sitzung selbst zu leiten. Redner führte dann weiter aus, daß nach den bisher vorliegenden Pressenachrichten in 8—14 Tagen der Entwurf für einen Präliminarfrieden vorgelegt werden würde. Die Kolonialfragen, die Arbeiterfrage u. a. würden wahrscheinlich erst beim Hauptfrieden zur Verhandlung kommen. Er teilte weiter mit, daß das territoriale Fragen betreffende Material fertiggestellt sei und für diese Fragen Sachverständige bestellt wären. Allgemein betonte der Redner, daß die Reichsregierung strikt auf dem Standpunkt stehe, daß für die kommenden Friedensverhandlungen lediglich die 14 Punkte Wilsons, die sowhl von Deutschland als auch von den Gegnern angenommen wären, die Richtschnur für die Verhandlungen bilden müßten. Im weiteren Verlaufe der Sitzung äußerten sich dann noch einige Sachverständige über die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands.

Dabei forderte ein Vertreter der Kölnischen Handelswelt, daß die Regierung gegen den gegnerischen Plan der Schaffung eines linksrheinischen Pufferstaates und der katastrophalen wirtschaftlichen Trennung des linksrheinischen vom rechtsrheinischen Gebiet alles aufbieten solle. Graf Bernstorff erklärte hierzu, daß nach seiner Auffassung Deutschland gemäß den Wilsonschen Grundsätzen verhandeln werde. Zum Schluß der Sitzung gab der Geheime Legationsrat Dr. Frisch einen kurzen Bericht über die Organisation einer Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen. Danach wurde eine Reihe Sachverständigenausschüsse gebildet, die in den kommenden Tagen zu den vorliegenden Problemen Stellung nehmen werden.

Aus Genf wird berichtet: Pariser Blätter melden, daß die französische Regierung bereits Vorkehrungen für die Beförderung und die Unterbringung der deutschen Delegierten zur Friedenskonferenz, die sich aus ungefähr 200 Mitgliedern zusammensetzen soll, getroffen hat.

Deutsch-englische Warenaustausch-Verhandlungen.

Aus Berlin wird uns berichtet: Zu den Verhandlungen über die Kaliablieferungen sind als Vertreter des Kalisyndikats Exzellenz Richter, Bergwerksbesitzer Emil Sauer und Generaldirektor Schüttekopf nach Rotterdam gefahren, um über den Austausch von großen Quanten Kali gegen Lebensmittel mit englischen Vertretern zu verhandeln.

Die Lebensmittel-Frage.

Die deutschen Unterhändler in Brüssel.

Die deutschen Kommissionen für das Lebensmittel-, Schiffahrts- und Finanzabkommen sind Mittwoch abend 8 Uhr in Brüssel eingetroffen. Die Mitglieder der Kommissionen wurden am Bahnhof von etwa zehn belgischen Militärautomobilen abgeholt, mit belgischen Chauffeuren, aber ohne militärische Begleitung. Die Ankunft im Bahnhof erfolgte in Gegenwart eines zahlreichen Publikums unter lautloser Stille. Ein Zwischenfall ist nicht eingetreten. Sämtliche Mitglieder der Kommissionen sind im Hotel Astoria sehr gut untergebracht. [illegible] Telephonierens und der [illegible] offen und chiffriert, der Nacht noch fand von 11 bis 1 Uhr eine interne eingehende Besprechung zwischen sämtlichen Kommissionsmitgliedern statt unter Vorsitz des Staatsministers Braun.

Die Bedingungen.

Über die Bedingungen, die der General Wemyß in Brüssel der deutschen Waffenstillstandskommission in bezug auf die Auslieferung der deutschen Handelsschiffe und die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands mitzuteilen beauftragt ist, wird dem Lyoner „Progres“ aus Paris folgende an zuständiger Stelle geschöpfte Mitteilung telegraphiert: Die Alliierten haben beschlossen, daß die deutsche Handelsflotte nur unter strenger Kontrolle der bei der Erneuerung des Waffenstillstandes festgelegten Bedingungen in See gehen kann. Unter dieser Voraussetzung können die deutschen Schiffe bis zum Monat August, wie es die Deutschen verlangen, diese mit Nahrungsmitteln versorgen. Man darf sogar voraussagen, daß der ganze Versorgungstransport reichlich ausgestattet (?) sein wird. Inbezug auf die wesentliche Frage der Beschaffung und Bezahlung der Lebensmittel, die am Sonnabend zu einer lebhaften Auseinandersetzung auf der Friedenskonferenz führte, ist bestimmt worden, daß die Zahlung in vierfacher Weise geleistet werde: 1. durch das Zugeständnis eines bestimmten Frachtsatzes an Deutschland, 2. durch die Ausfuhr gewisser Artikel, die nicht auf der schwarzen Liste stehen und zu deren Beförderung die Deutschen an die Neutralen und an diejenigen Alliierten, die es wünschen, ermächtigt werden, 3. durch die Bezahlung von sicheren Werten in Gestalt von Wechseln auf das Inland für die in einzelnen Ländern gesicherten Werte und 4. durch die Geldressorts Deutschlands.

Erhöhung des deutschen Mark-Kurses.

Wie die „L. N. N.“ zuverlässig aus schweizerischen Bankenkreisen erfahren, steht eine Erhöhung des Mark-Kurses unmittelbar bevor. Die Berner Bankgeschäfte sind bereits vertraulich davon unterrichtet worden. Die Entente will einen Zwangskurs einführen, der um 30 v. H. höher ist als der bisherige. Diese Maßnahmen stehen eng im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Was unsere Gefangenen erdulden.

Den deutschen Behörden sind erschütternde Nachrichten über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Belgien zugegangen. In Xanthem befindet sich ein Lager, in dem die Kriegsgefangenen sich auf einem größtenteils mit tiefem Schlamm bedeckten Hofe aufhalten müssen. Mißhandlungen durch die Wachtmannschaften sind überaus häufig. In Dixmuiden und Nieuport hausen die Kriegsgefangenen in Löchern zwischen Schutt und Wasser. Sie erhalten nur 150 Gramm Brot, zwei Becher Kaffee und dünne Suppen. Vielfach haben sie weder Stiefel, Mäntel noch Mützen. Arrest wird in nassen Unterständen verbüßt. Ausreißer werden während der Arreststrafen täglich an einen Baum gebunden. In Coxhehds müssen entflohene Kriegsgefangene die ersten Nächte nackt im Arrestlokal verbringen. Bezeichnend für die Gesinnung der belgischen Wachtmannschaften ist die Erklärung, höchstens die Hälfte der Gefangenen dürfe die Heimat wiedersehen. Die deutsche Regierung hat bei der belgischen Regierung schärfstens protestiert und Abhilfe gefordert.

Die Polen erkennen den Waffenstillstand nicht mehr an.

Aus Berlin wird gemeldet: In der Gegend von Lissa, sowie im Raume von Bentschen und Birnbaum sind feindliche Patrouillenvorstöße abgewiesen worden. An der Netzefront herrschte ebenfalls rege polnische Gefechtstätigkeit. Angriffe der Polen auf Miroslaw und Podanin, südlich von Kolmar, wurden mit Unterstützung der Artillerie im Nahkampf abgewiesen. Im Abschnitt südwestlich und südlich von Bromberg gleichfalls lebhafte feindliche Patrouillen und wiederholte Artillerietätigkeit, die wir schließlich erwiderten. Der Ostbahnverkehr Schneidemühl-Bromberg ist unterbrochen, da die Bahn bei Nakel unter polnischem Feuer liegt. Die Gerüchte scheinen sich somit zu bestätigen, nach denen die Polen den Waffenstillstand nicht mehr anerkennen und ihn für beendet erklären wollen. Die Polen als Schoßkinder der Entente dürfen sich ja alles erlauben. Jetzt bereiten sie sich auf einen würdigen Empfang der polnischen Legion, die auf das Geheiß der Entente durch Westpreußen von uns geleitet werden soll, vor.

Aus Ludendorffs „Geschichte des Krieges“.

Der New Yorker Korrespondent der „Times“ meldet: Nach dem „New York American“ behauptet Ludendorff in dem demnächst erscheinenden Buche, daß das deutsche Oberkommando nicht von der Absicht des Präsidenten Wilson, zu Anfang des Jahres 1917 Friedensverhandlungen zu eröffnen, wußte. Der deutsche Kaiser, so sagt Ludendorff, faßte im Januar 1917 den Entschluß zur Führung des unbeschränkten U-Bootkriegs, und das deutsche Oberkommando hatte den Befehlen des Kaisers zu gehorchen. Nach der Niederlage der Deutschen im August 1918 gab Ludendorff alle Hoffnung auf, und Mitte August warnte er die Regierung, daß keine Aussicht mehr auf den militärischen Sieg bestände. Er gab den Rat, sofort die Friedensverhandlungen zu eröffnen, aber man tat nichts. Die Regierung unterrichtete nicht einmal die Parteiführer und hielt seinen Rat geheim. Anfang September hob das Oberkommando nochmals nachdrücklichst hervor, daß es notwendig sei, Frieden zu schließen. Die Regierung schien auch dafür zu sein, aber sie tat nichts. Nachdem Bulgarien uns im Stiche gelassen hate, sagt Ludendorff, machte ich allen, mit denen ich in Berührung kam, klar, daß die Fortsetzung des Kampfes nutzlos sei. Ich schrieb, daß die Lage schlecht sei und die Aussicht bestände, daß der Feind durch die deutschen Linien breche. Nach Empfang von Wilsons zweiter Note begann Ludendorff Maßnahmen für die Fortsetzung des Defensivkampfes, und als die dritte Note des Präsidenten eintraf, da zog er es vor, bis zum bitteren Ende durchzukämpfen, in der Meinung, daß wenn man noch einige Monate standhalten konnte, man bessere Bedingungen erlangen würde. (Wenn diese Auszüge aus dem demnächst zu erwartenden Buche Ludendorffs richtig sind, so dürfte Ludendorffs Taktik bei seiner Rechtfertigung dahingehen, sich als einfachen Soldaten hinzustellen, der seinem Kaiser widerspruchslos gehorcht hat. Der General gibt also, indem er diese Taktik wählt, den Kaiser als den einzigen Schuldigen an dem unbeschränkten U-Bootkrieg preis. Wir werden im übrigen auf die Behauptungen Ludendorffs zurückkommen, sobald das Buch vorliegen wird. D. Red.)

Zur Lage im Reiche.

Die Vorgänge in Berlin.

In Neukölln ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Es wird infolgedessen bestimmt, daß der Aufenthalt auf Straßen und Plätzen in der Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh verboten ist. Über die Ursache der Unruhen in Neukölln veröffentlicht der Polizeipräsident eine Erklärung, in der er die Schuld an den Unruhen lediglich der republikanischen Soldatenwehr zuschiebt. Der Soldatenrat dieser Truppe habe zum größten Teil aus unlauteren Elementen bestanden, die die Mannschaft nach und nach zermürbt hätten. Die Führung selbst habe zum Plündern der eigenen Kasernen aufgefordert und die Waffen an Zivilisten verteilt. Der Arbeiterrat habe die Mitteilung darüber mit Freuden aufgenommen und habe somit gleichfalls die Verantwortung an der Blutschuld zu tragen. Der Präsident fordert die Bildung einer Einwohnerwehr aus gewissenhaften und erprobten Männern.

Die Stadt Berlin hat durch den Oberbürgermeister Wermuth der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ihren Dank durch folgendes Schreiben ausgedrückt: „Infolge ihres ungesäumten Eingreifens bei Ausbruch des Generalstreiks hat der Betrieb der städtischen Elektrizitätswerke in solchem Umfange weitergeführt werden können, daß die wichtigsten öffentlichen und privaten Anlagen der Reichshauptstadt mit Elektrizität versorgt geblieben sind. Dadurch ist die Aufrechterhaltung des öffentlichen Dienstes ermöglicht worden und die gesamte Bevölkerung vor den unabsehbaren Folgen vollständiger Stillegung des wirtschaftlichen Lebens bewahrt geblieben.“

Der Lichtenberger Kriminalbeamten-Mord.

Der Mord an den Lichtenberger Kriminalbeamten hat nach neueren Nachrichten glücklicherweise nicht eine so große Zahl von Opfern gefordert, als man zuerst annahm. Eine große Zahl der totgeglaubten Beamten ist am Donnerstag wieder auf dem Polizeipräsidium in Lichtenberg erschienen. Festgestellt wurde bisher, daß bei den Unruhen fünf oder sechs Polizeibeamte den Tod gefunden haben, und daß von der Besatzung des Lichtenberger Postamts 6—7 Soldaten erschossen worden sind, und zwar nicht im Kampfe. Es bleibt also noch genug des mörderischen Blutvergießens. Über das Schicksal der noch vermißten Soldaten von der Postbesatzung muß erst das Ergebnis der noch laufenden Untersuchung abgewartet werden. Am Donnerstag vormittag beschränkte sich die Tätigkeit der Regierung in Lichtenberg darauf, die Straßen und Häuser nach Waffen zu durchsuchen. Die Zahl der gefundenen Waffen ist außerordentlich hoch. Auch Maschinengewehre und Minenwerfer sind in großer Zahl gefunden worden. Die Entwaffnungsaktion dürfte noch einige Tage in Anspruch nehmen. Inzwischen versucht man den Straßenverkehr wieder aufzunehmen.

Planmäßige Säuberung Berlins.

Die Gardekavallerie-Schützendivision durchsuchte Donnerstag nachmittag weiter planmäßig die von ihr neubesetzten Stadtteile. Die Haussuchungen förderten eine große Anzahl von Waffen zutage, beispielsweise in einer Gastwirtschaft Neuköllns 25 Karabiner und eine Unmenge Munition.

In Lichterfelde wurde der Herausgeber der kommunistischen Zeitschrift „Der Lichtstrahl“, Julian Borchardt, festgenommen. Leider haben die Regierungstruppen wieder Verluste zu beklagen, so allein bei einer Abteilung durch Dachschützen drei Offiziere und sieben Mann.

Die Zahl der Todesopfer.

Wie die „B. Z.“ erfährt, ist die Zahl der Todesopfer der spartakistischen Unruhen in Berlin jetzt so groß, daß die Unterbringung der Leichen auf Schwierigkeiten stößt. Im Leichenschauhause in der Hannoverschen Straße sind 196 Leichen untergebracht, von denen 42 unbekannt sind. Die Aufnahmefähigkeit des Schauhauses ist erschöpft. Fast ebensoviele Tote liegen in den beiden Garnisonlazaretten. Auch die Krankenhäuser sind sehr stark mit Toten belegt. So befinden sich im Krankenhause am Friedrichshain 115 und im Urbanskrankenhaus 30 Leichen.

Die Reichsregierung in Berlin.

Das Reichskabinett hat am Donnerstag vorläufig seine letzte Sitzung in Weimar abgehalten. Während der Vertagung der Nationalversammlung wird es seinen Sitz wieder nach Berlin verlegen, wird aber spätestens am Ende der nächsten Woche nach Weimar zurückkehren.

Merseburg und Umgegend.

Merseburg, 14. März.

Frühlingsahnen.

Blauer Himmel und Sonnenschein. Der Winter unseres Mißvergnügens ist im Schwinden. In Licht und Luft kündigt sich der neue Frühling an. Noch krachen im Berliner Osten die Schüsse, um das Verbrechergesindel, die dunklen Feinde des Lichtes niederzuwerfen. Noch sind in Oberschlesien und im Ruhrgebiet die Gegner des politischen Frühlings an der Arbeit, um das junge Sprossen des wiederbeginnenden wirtschaftlichen Lebens zu vernichten. Aber stärker als das ist in diesen Tagen in uns die Hoffnung: es muß doch Frühling werden. Wir müssen heraus aus dem winterlichen Drucke, der seit beinahe 5 Jahren auf unserem Volke lastet, wir lassen uns unseren Frühling auch nicht rauben durch die Gegner, die in Haß und Verblendung uns den Platz an der Frühlingssonne nicht gönnen wollen. Wir wissen, daß der Kampf um die Herrschaft des Frühlings noch andauert, wir wissen, daß wir noch Märzenstürme, Aprilschauer und Maienfröste zu überstehen haben, aber der Glaube an das deutsche Volk, der Glaube an die deutsche Heimat gibt diese Kraft, die nötig ist, um auch die letzten schweren Monate zu überwinden. Die zunehmende Kraft der Sonne lockert den Boden. Sie läßt in den Städten die Sorge um das warme Zimmer kleiner werden. Die zunehmende Tageshelligkeit nimmt der Beleuchtungsfrage viel von ihrer Schwierigkeit. Das mag manchem als Kleinigkeit erscheinen im Gegensatz zu den Sorgen, die unsere Industrie belasten. Aber wir wollen uns dieser Kleinigkeiten doch schon freuen, wollen aber darüber hinaus auch das Große nicht vergessen: der Bau unseres Reiches nimmt festere Formen an, wachsende Gesetzlichkeit erhoffen wir vom Frühling. Nun müssen aber auch alle jungen Kräfte ans Werk. Die Rezepte winterlicher Kreise können uns allein nicht vorwärts bringen, die Eisdecke, die über unserem Lande und unserem Volke lag, ist verschwunden, jetzt wollen wir uns der jungen Freiheit freuen. Deutsche Frühlingspolitik darf nicht in ein Feilschen und Handeln ausarten, sie muß ganze Arbeit tun, muß klare Ziele haben, die zum Lichte führen. Dann wird auch viel von den schroffen Gegensätzen verschwinden, die eine Folge des fünfjährigen Winters sind. Dann wird der Gedanke der Versöhnung wachwerden, der Gedanke einer Versöhnung zwischen den Völkern und zwischen den eigenen Volksgenossen. Wunden werden sich schließen, die der grausigste aller Kriege schlug.

Märzensonne liegt über dem weiten Lande. Schon steigt der Saft in die Bäume. Nicht wie ein Geschenk fällt uns der Frühling in den Schoß, wir müssen gerüstet sein für die kommende Zeit. Die Arbeitsmöglichkeiten mehren sich, die Zeit der Frühjahrsbestellung naht, das Land ruft: ich brauche tausend und abertausend fleißige Hände, wer ernten will, muß säen. Wer Früchte der Zukunft erlangen will, muß arbeiten. Das ist der Frühlingsruf, der Weckruf, der wie ein Märzsturm durch das Land braust: keine Hand darf länger feiern! Alle Mann an die Arbeit! Regt es sich allerorten, vernimmt man überall diese Mahnung, dann werden wir auch wahrhaftig den neuen deutschen Frühling erleben.

*

** **Anbau- und Ernteflächenerhebung vom 5. bis 31. Mai 1919.** Eine im „Reichsgesetzblatt“ veröffentlichte, vom Reichsernährungsminister erlassene Verordnung sieht im kommenden Frühjahr wie in den früheren Jahren die Vornahme einer Anbau- und Ernteflächenerhebung vor. Die Erhebung findet in der Zeit vom 5. bis 31. Mai statt und soll den gesamten feldmäßigen Anbau unserer wichtigsten Nahrungs- und Futtermittel erfassen. Bei dem Mangel einer neueren Bodenbenutzungsstatistik behält die Erhebung auch in diesem Jahre ihre volkswirtschaftliche Bedeutung und wird eine wertvolle Handhabe für die ganze künftige Wirtschaftspolitik bilden.

Aus hartem Holz.

Roman von Julia Jobst.

65. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Schon hatten die Knaben die Tür erreicht, als ein furchtbarer Aufschrei der Großmutter sie umsehen ließ. Und noch bevor einer der anderen die Ursache erkannt hatte, riß Jette das Kind an sich, an dessen Kleidchen gierige Flammen aufloderten. Schon war sie mit ihm beim Ruhebette und wickelte es in die dicke Schlafdecke ein, den kleinen Teppich, der auf der Erde lag, noch darauf werfend.

Sie wehrte der herbeistürzenden weinenden Mutter. „Ruhig, nur ruhig, du erschreckst es ja“, ermahnte sie mit totblassem, verzehrten Gesicht. „Es ist schon alles gut, aber es ist immerhin besser, es läuft einer zum Arzt. Und holt Mutters Brandsalbe, ganz ohne Schaden wird es nicht abgegangen sein.“

„Franz ist schon fort“, sagte Frau Jäger und trat besorgt hinzu, als Jette mit geschickten Händen das Kind von allen Umhüllungen befreite. „Hole ein weiches leinenes Tuch, Mathilde, damit die Kleine nicht zum Frieren kommt. So, da ist die Salbe schon, hier am Ärmchen ist es rot und das Hälschen hat auch was abbekommen. Es ist alles gnädig abgegangen.“

„Sieh nach Mutter“, bat Jette, der es auffiel, daß sich Frau Dohm gar nicht rührte.

Besorgt trat Frau Jäger zu ihr und sah, wie Anna wie geistesabwesend auf die Stelle starrte, wo die Flammen aufgezüngelt waren.

„Wie ist das nur zugegangen“, fragte jetzt Thoma. „Hat das Licht gebrannt?“ Er deutete auf den Leuchter, der in der Brandstiftungssache eine so wichtige Rolle gespielt hatte.

„Es hat kein Licht gebrannt“, antwortete Frau Dohm mühsam, ihre Hand an den Kopf führend, als ob sie sich auf etwas besinnen müßte.

„Kein Licht gebrannt?“ rief Wilhelm überrascht und trat rasch heran.

Mit einer ungestümen Bewegung legte Jette das fast unversehrte Kind der Mutter in den Schoß und ging zum Schreibtisch. Ihre Augen flackerten, und alles Blut trat zum Herzen, unheimlich war ihre Blässe.

„Erlaubt einmal“, sagte sie leise und schob sich durch die den Schreibtisch Umdrängenden nach vorn.

In atemloser Spannung beobachtete man ihr Tun. Sie entnahm rasch den Knäuel zerschnittenen Seidenpapiers dem Papierkorb und zerstreute die Fetzen auf der Platte, sie hin- und herschiebend, bis der Sonnenstrahl, durch das in einem Gestell aufrechtstehende Vergrößerungsglas fallend und dieses in ein Brennglas wandelnd, das Papier jäh aufflammen ließ.

Sie sahen es alle, die sich dazu gedrängt hatten.

„Vaters Glas hat das Testament damals in Flammen gesetzt“, rief Jette.

„Aber es lag ja gar nicht auf der Platte“, warf die Mutter ein. „Sonst wäre doch einer auf diese Ursache verfallen.“

„Weil ich es mit anderen Sachen in der Schublade des Schreibtisches vor den Flammen barg, mich selbst so des einzigen Zeugen meiner Unschuld beraubend. Vater hatte den Schlüssel stecken lassen, und ich zog das Fach auf und warf alles im Durcheinander hinein. Dessen wirst du dich doch erinnern, Mutter.“

„Ja, Jette, es fällt mir wieder ein. Und ich schob diese Unordnung auf Vaters Zustand.“

„Euer Vater wird das Testament in seiner pedantisch langsamen Art gesiegelt haben, um dann das Siegel mit dem Glas zu prüfen“, erklärte der alte Jäger. „Die Sache ist ganz klar, aber zum Überfluß kann noch der Justizrat gefragt werden. Er war ja der einzige Zeuge, als das Testament geschlossen und gesiegelt wurde. Vielleicht sah er das Glas in der Hand deines Mannes, Anna.“

„Und auch er ist nicht darauf gekommen“, sagte Frau Dohm bekümmert.

„Weil er eben ein Jurist ist“, fiel Frau Jäger ein, die nicht mehr ein noch aus wußte vor Aufregung. „Die wittern ja überall nur Schlechtigkeit. Weil Jette enterbt war, so konnte nur sie die Brandstifterin sein. Aber eines freut mich, ich habe immer an deine Unschuld geglaubt, Kind. Der Justizrat soll sich aber hüten, mir jetzt über den Weg zu laufen — — —“

„Vater, ich glaube, Mutter zög ihm am liebsten eins mit dem Rohrstock über“, rief Franz lachend.

Jette stimmte in das herzliche Gelächter mit ein, dann aber ging ihr Lachen in ein erschütterndes Weinen über. In den Armen ihres Mannes war sie zusammengebrochen. Thoma gab den Anwesenden einen Wink, und sie gingen still hinaus — die beiden mußten allein sein in dieser Stunde.

Als der Arzt eintraf, fand er ein lachendes Kind vor, an dessen Verband nichts zu tadeln war, aber Frau Anna steckte er gleich ins Bett.

Sie tröstete die besorgten Ihrigen: „Freude tötet nicht, ich danke nur Gott, der mich das noch hat erleben lassen.“

„Und mich“, sagte der alte Jäger. „Auch ich habe früher an Jettes Schuld geglaubt.“

„Und ich — und ich“, stimmten die anderen ehrlich zu, Bernhard und Mathilde als die ersten. Dann gingen sie mit ihren Kindern heim.

Alberts Lowisken aber triumphierte, sie hatte recht behalten und trug den Kopf gewaltig hoch. Sie konnte es zuletzt nicht länger aushalten und mußte einmal durch die Türspalte sehen.

„Sie sind nicht mehr drin“, meldete sie überrascht.

„Hast du geglaubt, daß sie auf uns alte Sünder warten würden“, neckte sie Albert. „Die haben ihr Glück rasch nach Hause getragen. Und ich denke, wir folgen ihrem Beispiel, Lowisken. Morgen ist auch noch Zeit, die Jette zu ihrer glänzenden Rechtfertigung zu beglückwünschen.“

„Und ich werde dafür Sorge tragen, daß wir morgen in der Zeitung lesen, was wir hier erlebten“, sagte Franz und verabschiedete sich mit dem festen Vorsatz, Jette noch an diesem Abend unter irgendeinem Vorwand zu sprechen. Doch als Regine ihm mit verweinten Augen öffnete, mußte er zu seinem Ärger erfahren, daß Schlosser schon da war.

Am nächsten Tage lasen es alle, daß Jettes Unschuld auch über für den Ungläubigsten sonnenklar bewiesen war. Die Aufregung war eine ungeheure. Alle Freunde stürmten zu Thomas Haus, und die ihm bisher ferngeblieben waren, schlossen sich ihnen an in der Hoffnung, daß ihnen an diesem Tage alles vergeben würde. Doch keiner wurde vorgelassen. Da sandte man Blumen, bis alle Zimmer dem blühenden Frühling selber glichen.

Als es an dem Tage dunkel wurde, schlich sich Bernhard Dohm durch das Türchen in Thomas Garten und durch die hintere Türe in das Haus. Noch ehe es sich Jette recht versah, stand er vor ihr.

„Jette, kannst du mir verzeihen?“

„Still, Bernhard, kein Wort mehr. Mein Herz ist so voller Dank gegen Gott, daß für nichts anderes Raum blieb.“

„Wo ist Wilhelm?“

„Er sitzt noch über den Büchern.“

„Ob ich ihn stören darf?“

Jette sah ihm besorgt in die unruhigen, scheuen Augen. So sah jemand aus, dem nach einer Generalbeichte verlangte. In ihrem jubelnden Glück regte sich die Hoffnung, daß dem Armen vielleicht noch zu helfen sei. Und wer wäre dazu wohl berufener, als Thoma und Schlosser.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190315-12/fragment/page=0002

** **Die Auszahlung der Kriegsunterstützung erfolgt Montag** den 17. März von 8—11 Uhr.

** **Schließung einer Bäckerei.** Wegen Unregelmäßigkeiten wurde durch die Polizeiverwaltung die Bäckerei Karl Schmieder, Preußerstraße 3, bis auf weiteres geschlossen.

** **Fleischverkauf.** Es sei besonders darauf hingewiesen, daß die Fleischer die Marken 1 und 4 abzunehmen haben.

** **Der Belagerungszustand** wird vom Kommandeur des freiwilligen Landesjägerkorps, Generalmajor Maercker, auf die Umgebung von Halle ausgedehnt. Wir verweisen auf die Bekanntmachungen in der heutigen Ausgabe des „Korrespondent", die genau beachtet werden müssen. Nach einer Information an amtlicher Stelle ist über besondere Einschränkungen im Verkehr usw. in Merseburg noch nichts bekannt.

** **Abgelehnte Wahl.** Der von den Deutschnationalen als Stadtverordneter gewählte Rentier Franz Rügow hat die Wahl abgelehnt. Es tritt der nächste Kandidat der Liste Bothe, Landesbaurat Otto Ruprecht, an seine Stelle.

** **Neuwahl des Arbeiterrates.** Bis zum 16. d. M. sind bekanntlich die Arbeiterräte neu zu wählen. Eine Neuwahl kann unterbleiben, wenn ein Einspruch gegen die Unterlassung der Wahl nicht erfolgt. Wie aus einer Bekanntmachung des Magistrats in der heutigen Nummer hervorgeht, sind Anträge sofort beim Magistrat zu stellen. Die Deutsche demokratische Partei (Ortsverein Merseburg) hat bereits gegen die Gültigkeit und Zusammensetzung des hiesigen Arbeiterrates Einspruch erhoben, auch dürften andere Parteien sich noch anschließen.

** **Geriebenen Dieben** ist man dieser Tage auf die Spur gekommen. Aus der hiesigen Kaserne wurden im Laufe der letzten Zeit eine große Anzahl wollene Decken, Handtücher, Strohsäcke, Kochgeschirre usw. gestohlen, ohne daß es gelang, der Täter habhaft zu werden. Jetzt ist es gelungen, halbwüchsige Jungen abzufassen, die auf Veranlassung ihrer Mütter in die Räume der Garnisonverwaltung einstiegen und nach und nach bedeutende Posten entwendeten. Die Mütter paßten gewöhnlich in der Nähe auf. Unserer Polizei ist es gelungen, den Dieben die Beute wieder abzunehmen.

** **Kartoffeldiebstähle** aus den Tagen des Streiks werden uns immer noch gemeldet. Möge jeder für diebessichere Lagerung nunmehr Sorge tragen!

** **Schwerer Einbruch.** Ein raffinierter Einbruch wurde in der vergangenen Nacht im Kaufhaus H. Taiza am Neumarkt verübt. Die Diebe, die mit den lokalen Verhältnissen vertraut sein müssen, drangen durch den hinter dem Haus liegenden Garten ein und erbrachen die Türen. Die Spur konnte durch das angrenzende Heilmannsche Grundstück bis auf die Meuschauer Wiesen verfolgt werden. Nach den Fußspuren muß es sich um zwei Männer handeln. Nach den bisherigen Feststellungen sind Waren im Werte von etwa 20 000 ℳ gestohlen worden, so u. a. 17 seidene Mäntel, za. 8 Anzüge und 6 Reichsanzüge, 25 blaue und graue Arbeiterhosen, 4 Pack hellgraue Voile, 20 Normalunterhosen, 2 Pack schwarze Kunstseide, 1 Pack dunkelblauer Cheviot, 18 Meter reinwollener Cheviot, 15 Crepe de Chin-Blusen, 6 weiße Voilblusen, 4 Damenulster, 3 Astrachanmäntel, 5 Samtjacken, 3 Burschenanzüge, 18 Meter gestickte hellblaue Alpaka, 10 seidene Blusen, ferner Kragen, Socken, Strümpfe. Diese Waren dürften in gelben Tüchern eingeschlagen sein; diese Tücher werden auch vermißt. Hoffentlich gelingt es, die Verbrecher recht bald abzufassen. Fräulein Taiza, die Inhaberin des Geschäfts, setzt auf Ermittlung der Täter eine Belohnung von 1000 ℳ aus.

** **Ein schwerer Diebstahl** wurde gestern im Hause Breite Straße Nr. 7 verübt. In den Morgenstunden wurde die allein anwesende Frau des Arbeiters Ernst Skuppin von früheren Untermietern besucht. Die Burschen baten Frau Skuppin um eine Besorgung. Während die Frau abwesend war, stahlen die frechen Burschen 5 gute Anzüge, 2 Ulster, 1 Sommerüberzieher, 1 Paar Schnürschuhe, 21 Herrenhemden, 1 Paar neue Schuhe, 1 schwarzes Kleid, 5 Bettdecken, 2 neue Blusen, 6 neue Frauenhemden, 3 Bettbezüge, 10 Wischtücher (A. M. gezeichnet), 10 Handtücher (A. M. gezeichnet). Der Wert dieser Sachen stellt sich auf mindestens 4000 ℳ. Vor Ankauf wird dringend gewarnt und wolle man sachdienliche Mitteilungen sofort der Polizeibehörde in Merseburg oder Halle zugehen lassen.

** **Einen interessanten Fund machte dieser Tage der Fischermeister** Albert vom Neumarkt hier. Unweit der Bildhauerwerkstatt vor der Meuschauer Schleuse etwa 10 Meter vom Ufer entfernt hob Herr Albert mit Haubennetz ein Gewehr, das vielleicht aus der Zeit des „Alten Fritzen" stammt. Das Ganze ist mit einer ca. 1 Zentimeter starken, durch Rost rotbraun gefärbten Sinterkruste überzogen. Durch teilweise Entfernung derselben wurde ein gut erhaltenes Feuersteinschloß freigelegt. Leider ist der etwa 1 Meter lange Lauf in der Mitte stumpfwinklig gebogen, wahrscheinlich durch Flöße oder Treibeis. Herr Albert hat den Fund dem hiesigen Verein für Heimatkunde als Geschenk überwiesen, wofür ihm auch an dieser Stelle herzlich gedankt sei.

** **Gauturntag.** Der ordentliche Gauturntag des Nordostthüringer Turngaus findet am Sonntag den 16. März, vormittags 10 Uhr, im „Herzog Christian" hier statt.

*

Deutsche demokratische Partei

(Ortsverein Merseburg.)

Der nächste Arbeitsabend findet am Sonnabend abend ½8 Uhr im Gasthaus „Halber Mond" statt. Thema: Das Erfurter Programm.

Von ½7 Uhr ab Sitzung der Deutschen demokratischen Stadtverordnetenfraktion im selben Lokale.

*

Der Verein zur Förderung der Jugendpflege

hielt gestern abend im „Herzog Christian" seine Jahreshauptversammlung ab. Nach begrüßenden Worten des 1. Vorsitzenden, Ersten Bürgermeisters Hertzog, erstattete Seminar-Oberlehrer Hemprich den Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen:

Im Vereine zur Förderung der Jugendpflege waren im Rechnungsjahre 1918 zusammengeschlossen 15 Vereine für die männliche Jugend mit 655 und 8 Vereine für die weibliche Jugend mit 342 Mitgliedern. Die einzelnen Vereine haben für sich ihren Zielen und Methoden entsprechend trotz der großen Hemmungen, die die bewegte Zeit brachte, viel erziehliche Kleinarbeit geleistet. Die Turnvereine der Merseburger Turnerschaft turnen jetzt gemeinsam. Vereint wurde veranstaltet für die weibliche Jugend ein gemeinsamer Ausflug nach Lauchstedt, wo im Goethetheater eine Frühlingsfeier stattfand; ein Wettspielnachmittag und 2 vaterländische Abende und für die männliche Jugend ein Wettspielnachmittag und ein vaterländischer Abend.

Der Gesamtvorstand des Vereins zur Förderung der Jugendpflege hat 4 Sitzungen abgehalten, die wichtigsten Beschlüsse waren: Erwerbung des Kaiserpanoramas, Erweiterung der Lesehalle durch Mietung neuer Räume, Verteilung von Beihilfen für die einzelnen angeschlossenen Jugendvereine, Organisation der Berufsberatungsstelle für Jugendliche und Erwerb des „Herzog Christian". Für die Lesehalle sind ausgegeben worden: 2609 Tageskarten, 318 Monatskarten, 7 Familienmonatskarten, 31 Jahreskarten für einzelne Personen, 5 Familienjahreskarten, im ganzen 2970 Karten, gegen 2200 im vorigen Jahre. Bildungsabende sind 23 abgehalten worden, die sich eines starken Zuspruches erfreuten. Im Anschluß an die Abende hat sich ein Lesekränzchen gebildet, das Oberlehrer Kaminski leitet. Für die Bildungsabende stellten sich zur Verfügung: Professor Bithorn, Oberlehrer Kaminski, Mittelschullehrer Brenner, Oberlehrer Hemprich, Professor Seele, Pfarrer Reichardt-Rotta bei Kemberg, Seminarlehrer Koerlin, Assistent Kassel, Frl. Hoyer, Frau Landesrat Bothe, Frau Koch, Frau Dr. Schmidt, Dr. Dubeck. Für den größeren Lehrgang zur Ausbildung und Fortbildung von Jugendpflegern und Jugendpflegerinnen, der vom Bezirksausschuß für Jugendpflege veranstaltet wurde, stellte der Verein Vortragssaal und Lesehalle zur Verfügung. Während dieses Lehrganges in Merseburg, gab Frl. Bruchmann-Bitterfeld für die Jugend Merseburg für Sing- und Volkstänze besondere Anleitung. Für Turnen und Jugendspiele hielt Turnlehrer Frohne in Merseburg einen Lehrgang.

Den Rechnungsabschluß legte Regierungssekretär Looff. Einer Ausgabe von 7295,65 ℳ steht eine Einnahme von 8747,24 ℳ gegenüber. Der Bestand stellte sich am Schlusse des Rechnungsjahres auf 1451,57 ℳ und beträgt gegenwärtig 1910,71 ℳ, während das Vereinsvermögen mit 47 451,57 ℳ ausgewiesen wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Der Vorsitzende, Erster Bürgermeister Hertzog bemerkte hierauf, daß das Vaterländische in dem früheren Sinne nicht mehr an die Spitze der Bestrebungen gestellt werde und daß auch das religiöse Moment als Grundlage des Vereins ausgeschieden sei.

In den nun folgenden Wahlen wurden neu bzw. wiedergewählt als Vorstand: Erster Bürgermeister Hertzog, Vorsitzender, Sup. Prof. Bithorn, 1. Stellvertreter und Gymnasialdirektor Dr. Billing als 2. Stellvertreter.

Als wichtigster Punkt der Tagesordnung stand die „Errichtung eines Jugendheims" zur Beratung. Der Vorsitzende, Erster Bürgermeister Hertzog, verbreitete sich ausführlich über diesen Punkt. Wie bereits bekannt, sollte der „Herzog Christian" zum Preise von 70 000 ℳ vom Verein käuflich erworben werden. Durch besondere Umstände ist der Preis gestiegen, so daß das Etablissement heute mit 75 000 ℳ bezahlt werden muß. Einstimmig wurde beschlossen, den „Herzog Christian" zu diesem Gebot zu übernehmen. Der Vorsitzende bemerkte, daß die Finanzverhältnisse des Vereins als gut bezeichnet werden müssen, so daß der Kauf des Lokals ohne Bedenken erfolgen konnte. Wenn auch die Renovierung und die geplante Erweiterung viel Geld koste, so könnten die dringendsten Arbeiten aus flüssigen Mitteln bezahlt werden. Weiter konnte der Vorsitzende die erfreuliche Mitteilung machen, daß wohlwollende hiesige Bürger mit namhaften Zuwendungen das neue Unternehmen tatkräftig unterstützen. — Eine bisher regelmäßige jährliche Zuwendung von 2000 ℳ komme leider ab 1. April in Wegfall. Um diese Einbuße zu decken, habe sich der Verein mit der Bitte um Beiträge an den Kreisausschuß und Magistrat gewendet. Der Kreistag habe einen laufenden Zuschuß von 1000 ℳ abgelehnt, jedoch eine einmalige Unterstützung von 500 ℳ bewilligt. Der Magistrat habe beschlossen, dem Verein einen jährlichen Beitrag von 1000 ℳ zu bewilligen. Es sei zu hoffen, daß auch der Kreisausschuß den zur Verfügung gestellten Betrag von 500 Mark noch erhöht.

Oberlehrer Hemprich verlas hierauf den Voranschlag des Haushaltsplanes für das neue laufende Rechnungsjahr. Einer voraussichtlichen Einnahme von 4500 ℳ stehen Ausgaben von 4000 ℳ gegenüber. Der Überschuß von 500 ℳ wird zur weiteren Ausgestaltung der Lesehalle Verwendung finden.

Nach Besprechung verschiedener interner Angelegenheiten wurde die Versammlung gegen 10 Uhr geschlossen.

*

Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelkalender für Sonnabend den 15. März.)

Für Haushaltungen.

Ausgabe: Mager- und Buttermilch an die Kunden der Ausgabestellen Kretzschmar, Näther, Schanze, Konsum (An der Geisel).

45 Gramm Butter für die Kunden der Verkaufsstellen Albert, Vogel, Fischer, Kötteritzsch, Frahnert, Kunecke, Konsum-Verein.

45 Gramm Margarine für die Kunden aller übrigen Butterstellen. Zusatzfettmarken werden mit 50 Gramm Butter beliefert.

Fleischmarken für Kranke im Rathaus, Markt, Zimmer 12.

Talg in den Butterstellen Schulz und Kretzschmar.

Roßfleisch bei Hoffmann (Brühl) von 2—4 Uhr auf Nr. 1101—1300.

Grützwurst bei Rudolph (Nr. 701—1400), Lehmann (4801 bis 5630), Schubert (9201—10 400), Staacke (12 701—13 400).

Möhren und Grünkohl an Jedermann in der städt. Lebensmittelverteilung, Gr. Ritterstr. 5.

Wetterwarte.

V. W. am 15. 3.: Kühles, zeitweise heiteres, vorwiegend trübes Wetter, bisweilen Regen. — 16. 3.: Ziemlich heiteres, trockenes Wetter.

Verantwortlicher Redakteur Franz Rößner in Merseburg.
Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Sonntag den 16. März (Reminiscere).

Gesammelt wird eine Kollekte für den Verband der evang. kirchlichen Blaukreuzvereine.

Es predigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr: Superintendent Bithorn.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Nachm. 5 Uhr: Diak. Wuttke.
Abds. ½8 Uhr: Jungfrauen-Verein des Vaterländischen Frauenvereins Seffnerstr. 1.
Montag 8 Uhr: Passionsbibelstunde in der Herberge zur Heimat. Diakonus Wuttke.
Dom-Frauenhilfe Dienstag abend 8 Uhr in der Kaiser-Wilhelmshalle 2. Vortrag des Superintend. Bithorn. — Gäste sind willkommen.

Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Riem.
Vormittags 11 Uhr: Kindergottesdienst. Pastor Riem.
Abends 8 Uhr: Jünglingsverein Mühlstr. 1. Pastor Werther.
Ev. Mädchenbd. St. Maximi Montag 8 Uhr: Leseabend.
Mittwoch abends 8 Uhr: Versammlung Mühlstr. 1. Pastor Riem.
Donnerstag abend ½8 Uhr: Frauenhilfe St. Maximi Vortrag von Herrn Pastor Riem: „Was leistet die Kirche dem Staat?".

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Krause.
Vormittags 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Donnerstag abends 8 Uhr: Ev. Mädchenverein St. Thomae im Jugendheim Werderstraße.

Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Schumann.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Pastor Schumann.
Montag nachmittag 4 Uhr: Frauenhilfe Unter-Altenburg 36.
Montag abend 8 Uhr: Leseabend Unter-Altenburg 36.

Katholische Kirche.

Sonnabend: abends 5 Uhr Beichte.
Sonntag: früh ½7 Uhr Beichte.
„ ½8 Uhr Frühmesse mit Predigt
„ ½10 Uhr Pfarramt mit Predigt.
Nachm. 2 Uhr Christenlehre und Andacht.
An den Wochentagen früh ½8 Uhr heilige Messe.

Statt Karten!

Gertrud Späth
Paul Elkner
— Verlobte —

Halle — Merseburg
im März 1919

Danksagung!

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau sage ich meinen besten Dank!

Eduard Städter.

Merseburg, den 14. März 1919.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme bei dem Begräbnis meines lieben Gatten, unseres über alles geliebten Vaters, Schwieger- und Großvaters, Schwagers und Onkels, des Schuhmachermeisters

Wilhelm Rißland

sagen wir allen denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, und ihn zur letzten Ruhe geleiteten innigsten Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Berthold für die trostreichen Worte im Hause und am Grabe, sowie Herrn Lehrer Holle und der lieben Schuljugend für den erhebenden Trauergesang. Innigsten Dank auch dem Musikverein für die gestellte Trauermusik, sowie den Beamten und Arbeitern der Belegschaft der Beunaer Kohlenwerke, dem Knappenverein, Bergarbeiterverband und allen Freunden und Bekannten für Geld- und Kranzspenden.

Kötzschen, den 13. März 1919.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Ww. Frau Emilie Rißland.

Beerdigungs-Anstalt Pietät

empfiehlt bei Begräbnissen seine Leichenwagen, übernimmt Ueberführungen von und nach außerhalb.

Särge

in Kiefer, Eiche und Metall, stets großes Lager, bei sofortiger Lieferung zu billigsten Preisen.

Rich. Diettrich, Sand 18.

Telephon 531.

Volks-Bibliothek

Geöffnet Sonntags von 11—12½ Uhr vormittags.

Bekanntmachung.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat vom 7. d. Mts. ab bei Grünkohl den Erzeugerhöchstpreis für Vertragsware auf Mk. 14.— per Zentner, für vertragsfreie Ware auf Mk. 13.50 per Zentner erhöht.

Die Zwangsbewirtschaftung der Runkelrüben ist vom 4. d. Mts ab aufgehoben.

Provinzialstelle für Gemüse und Obst.

Veröffentlicht!
Merseburg, d. 12. März 1919
Der Landrat.

Stromunterbrechung.

Am Sonntag den 16. März 1919 wird die Stromzufuhr wegen Arbeiten am Hochspannungsnetz von vorm. 9 bis nachm. 3 Uhr eingestellt.

Merseburg, d. 14. März 1919.
Der Magistrat. VIII 95/19.

Bekanntmachung.

Der Zentralrat hat mit der im Deutschen Reichsanzeiger vom 3. März 1919 veröffentlichten Bekanntmachung Wahlen für den Rätekongreß, der am 26. März 1919 in Berlin zusammentreten soll, ausgeschrieben. Danach sollen, um den Zweck des Kongresses zu erreichen, auch die einzelnen Arbeiterräte neu gewählt werden. Die Neuwahlen müssen bis zum 16. März d. Js. erfolgen. Eine Neuwahl der Arbeiterräte kann dann unterbleiben, wennn ein Einspruch gegen die Unterlassung der Neuwahl seitens der zuständigen Parteiorganisationen nicht erfolgt. Als Wahlbezirk gilt die Gemeinde. Wahlberechtigt und wählbar zu Arbeiterräten sind alle Personen beiden Geschlechts, die das 20. Lebensjahr erreicht haben und gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind, sofern das Jahreseinkommen den Betrag von 10 000 Mk. nicht übersteigt, somit alle, sei es im Dienste von Privaten, Gesellschaften, im Dienste des Staates oder der Gemeinde stehende Personen, deren Jahresbezüge bis zu 10000 Mk. betragen. Als Wahlausweis gilt eine vom Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung über Beschäftigung und Lohn bezw. Gehaltshöhe.

Die Durchführung der Wahl ist Sache der örtlichen Organisationen, doch steht es denselben frei, die Hilfe der Gemeindebehörden in Anspruch zu nehmen. Anträge sind sofort beim Magistrat zu stellen.

Es ist bereits Einspruch erhoben.

Merseburg, 14. März 1919.
Der Magistrat.
J. 703./19.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegs-Unterstützung erfolgt in nachstehender Reihenfolge:

Montag den 17. März 1919
Listen-Nr. 1—1500 8—9 Uhr vm.
„ 1501—2000 9—10 „ „
„ 2001—z. Schluß 10—11 „

Die Zahlstelle.

Dem Bäckermeister **Karl Schmieder** aus Merseburg, **Preußerstraße Nr. 3**, ist wegen Unzuverlässigkeit

die Ausübung des Bäckereibetriebes sowie der Verkauf von Mehl und Backwaren vom 15. März d. J. ab bis auf weiteres untersagt.

Gleichzeitig wird festgesetzt, daß der von der Anordnung Betroffene die Kosten der Veröffentlichung zu tragen hat.

Merseburg, d. 13. März 1919.
Die Polizei-Verwaltung.
P I 793/19.

Bekanntmachung.

Da der Rentier Franz Rügow, hier, die auf ihn gefallene Wahl als Stadtverordneter abgelehnt hat, tritt gemäß § 20 und 21 der Wahlordnung in Verbindung mit § 8 der Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts vom 24. Januar 1919 an seine Stelle der auf der Vorschlagsliste Bothe zunächst aufgeführte Bewerber Landesbaurat **Otto Ruprecht** von hier.

Merseburg, 14. März 1919.

Der Wahlvorstand für die Stadtverordneten-Wahlen in der Stadt Merseburg.
I. 693/19.

Gebrauchte Kisten, Kübel und Pappkästen

werden abgegeben.

Städt. Lebensmittelverteilg.,
L A II 702/19. Gr. Ritterstr. 5.

Wir geben von morgen ab an jedermann:

Möhren,
das Pfund = 18 Pf.,
und Grünkohl,
das Pfund = 25 Pf.,
ab.

Städt. Lebensmittelverteilg.,
L A II 703/19. Gr. Ritterstr. 5.

Möbl. Zimmer

zu vermiet. Unter-Altenburg 44.

Ein gut möbl. Zimmer

zu vermieten Breite Str. 8.

Schlafstelle offen

Leunaerstr. 24, Hinterh., part.

50,00 M.

zahle ich demjenigen, welcher mir eine Wohnung mit 3—4 Zimm. nachweisen kann, bei Abschluß des Vertrages.

Gefl. Off. sind zu richten an Christianenstr. 23 (Molkerei).

Vertauscht 3-4-Zimm.-Wohng m. 2-Zimm.-Wohng (get. Et.)

in Halle z. 1. 4. od. später. Off. unter N N an die Exp. d. Bl.

---

50 Mk. Belohnung

bei Mietsabschluß dem, der mir eine 4—5 Zimmer-Wohnung zum 1. 5. oder später in Merseburg od. Umgebung nachweist.

Offerten unter **M L 400** an die Exped. d. Bl.

Junges Ehepaar (Beamter) sucht z. 1. Okt. od. früh.

3—4-Zimmer-Wohnung.

Gefl. Angebote unter Nr. 2347 an die Exped. d. Bl.

Älterer Beamter s. kl. Wohnung

ev. auch Tausch in ruhigem Hause u. Lage. Näheres i. d. Exp. d. Bl.

---

50 Mk. Belohnung

dem, der kinderlosem, aus dem Elsaß vertriebenem Beamten möglichst bald beziehbare 3—4-Zimmer-Wohnung nachweist.

Gefl. Off. u. **B G 17** a. d. Exp. d. Bl.

Zum 1. April

gut möbl. Zimmer von besserem Herrn gesucht.

Off. u. **C B 100** a. d. Exp. d. Bl

Möbliertes Zimmer für Herrn sofort gesucht.

Gefl. Offerten unter **A G 1200** an die Exped. d. Bl.

Fräulein sucht sofort Schlafstelle oder möbliertes Zimmer.

(Allein, doch nicht Bedingung.) Off. unt. **B 20** an die Exp. d. Bl.

Schlafstelle oder möbl Zimmer

zu mieten gesucht. Offerten unter „1325" an die Exped. d. Bl.

Möbl. Wohn- u. Schlafzimmer

zum 1. 4. von besserem Herrn gesucht. Offerten unter **H D 5** an die Exped. d. Bl.

Ein leeres und ein möbl. Zimmer

zu mieten gesucht. Offerten unter **K R 100** an die Exped. d. Bl.

25,00 M.

zahle ich demjenigen, welcher mir eine möblierte Wohnung eventl. mit Schlafkabinett nachweist.

Gefl. Off. sind zu richten an Christianenstr. 23 (Molkerei).

Gesucht 1—2 leere od. möblierte Zimmer, möglichst mit Kochgelegenheit.

Angebote unter **Fr 7** an die Exped. d. Bl.

Suche eine bessere Schlafstelle oder möbliertes Zimmer.

Angebote bitte unter **J H** an die Exped. d. Bl. zu senden.

2—3 leere Zimmer

eventl. mit Kochgelegenheit von einzelner Dame für sofort oder später gesucht.

Offerten unter **Zimmer 740** an die Exped. d. Bl.

15000 Mark

auf sichre Hypothek, am liebsten auf Acker, 1. 4. oder später auszuleihen. Off. u. **W** a. d. Exp. d. Bl.

12000 Mark

werden als 1. Hypothek für 1. Juli 1919, evtl. auch früher, von Geschäftsleuten Merseburgs gesucht.

Angebote unter **M R 100** an die Exped. d. Bl.

Laden,

beste Geschäftslage, Mitte der Stadt, sofort oder 1. April zu mieten gesucht. Off. unter **Laden 3** an die Exped. d. Bl.

Kl. Laden mit Wohnung

oder größere erste Etage in guter Geschäftslage sofort oder später gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Kl. Landwirtschaft

15—30 Morgen, welche sich zu Gemüsebau und Geflügelzucht eignet, Bedingung gute Gebäude und guter Boden, am Hause gelegen, mit Vorkaufsrecht zu pachten gesucht. Angebote mit Preisangabe unter **K R 80** an die Exped. d. Bl

---

Verkaufe einen **3zöll. Kastenwagen,**

gut geeignet als Feldwagen

Goddula 21.

Passend z. Konfirmation!

1 goldene Damenuhr,
1 goldenes Collier,
2 Paar Ohrringe,
1 Zierkamm,
2 Strohhüte, wenig getragen, Stück 25 Mark,
1 helle Herrenweste und versch. Ullstein-Bücher (70 Pf.) zu verkaufen

Beyer, Gotthardtstr. 39, 1. Et.

---

1 kunstvolle Büste aus carrar. Marmor mit Säule,
1 Halbgeige,
1 wolln. Sweater,
2 wolln. Unterhosen,
1 g. Arbeitsbluse
von nachmittags 2—5 Uhr zu verkaufen

Goedel, Seffnerstraße 4, 3. Etage.

Neues Hauskleid (blau-weiß gestr.), Gr. 46, alter, guterhalt. **Reisehandkoffer, ½ Dutzend Kragen** Nr. 39 und 2 gr. **Chemisetts zu verkaufen**

Unter-Altenburg 1, 2 Tr.

Ein schwarzes Kostümjackett, eine schwarze Bluse und ein schwarzer Knabenhut für Konfirmanden zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190315-12/fragment/page=0003

Knabenschuhe
(neu) Größe 35 gegen solche Größe 32 oder 33 sind umzutauschen. Zu erfragen bei Frau Schmidt, Krummes Tor.

1 Paar Stiefel, für Konfirmanden passend, und 1 Paar Frauenschuhe zu verkaufen Gotthardtstraße 40.

Grün. Kloppsportwagen
mit Verdeck, gut erhalten, zu verkaufen Kreuzstr. 5, 2 Tr.

Guterhaltenen, großen
*** Kinderwagen ***
verkauft Annenstr. 29, 1 Tr.

Sofa zu verkaufen Weiße Mauer 24, 3. Etage.

Gut erh. Schulbücher
(Gymnasium) zu verkaufen Gotthardtstraße 11.

Eine gute Geige zu verkaufen. Adresse und Preis zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Krautsamen
hat abzugeben
Oswald Berthold,
Bösien.

Latrine
in die Nähe des Feldschlößchens gibt ab. Ebenfalls kann solche selbst abgefahren werden. Wagen werden vollgepumpt.
Louis Weniger.

1 Posten Dünger
zu verkaufen
Casino.

Wohnhaus
mit Garten oder Feld wird in der Nähe Merseburgs zu pachten oder zu kaufen gesucht. — Köpschen und Beuna bevorzugt. — Offerten unter „Wohnhaus 88" an die Exped. d. Bl.

Bis 6 Morgen guten
Acker,
möglichst im Norden der Stadt, zu pachten oder zu kaufen gesucht. Angebote unter B Y 100 an die Exped. d. Bl.

Ein Paar noch gut erhaltene weiße
Segeltuch-Halbschuhe
(Größe 37) zu kaufen gesucht. Oder wer kann solche anfertigen? Werte Offerten mit Preisang. unter R D U an die Exp. d. Bl.

Gut erhalt. Nähmaschine zu kaufen gesucht.
Offerten unter M H an die Exped. d. Bl.

Ressourcen-Gesellschaft.

Die diesjährige ordentliche
General-Versammlung
findet am Sonntag den 30. März, vormittags 11,30 Uhr im Schloß, Sitzungssaal des Bezirks-Ausschusses (Neubau), statt.

Alle Mitglieder werden hierdurch ergebenst eingeladen.

Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung für das Jahr 1918.
2. Beschlußfassung Erneuerungsbauten.
3. Anderweite Festsetzung der Beiträge.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.
von Gersdorff.

Verein zur Hebung der Geflügelzucht.
Sonntag den 16. ds. Mts., 3 Uhr nachmittag, im „Casino" (kleiner Saal)
Besprechung allgemeiner Tagesfragen.
Wir bitten um regen und pünktliche Beteiligung und heißen alle Freunde der Geflügelzucht herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Grützwurstverkauf am 15. März 1919.

Verkaufsstellen:		
Rudolph, Clobikauer Str. 6	701— 1 400
Lehmann, Damnstr. 6	4 801— 5 630
Schubert, Burgstr. 16	9 201—10 400
Staacke, Neumarkt 38	12 701—13 400

auf Nr. 23 der Grützwurstkarte statt.
Verkaufspreis ½ M. = 50 Pfg.
Merseburg, den 14. März 1919.
L A I 257/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Rohfleisch- und Fleischwaren-Verkauf
findet am 15. März d. Js.
bei Hoffmann, Brühl 6
nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 1001—1200
3—4 „ „ 1201—1800
statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.
Merseburg, den 14. März 1919.
L A I 256/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Befehl!

Zur Durchführung des mir von der Regierung erteilten Auftrages, in Halle a. S. und Merseburg, sowie deren Umgebung die aus Heeresbeständen in den Händen Unbefugter befindlichen Waffen einzuziehen, verhänge ich auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 über den unter 1 näher bezeichneten Bezirk den

Belagerungszustand.

1. **Der in Belagerungszustand erklärte Bezirk wird von folgenden idealen Linien umgrenzt, wobei Orte, die von den Linien durchschnitten werden, als innerhalb des Bezirks gelegen anzusehen sind:**
   Könnern — Seeburg — Schafstädt — Mücheln — Dürrenberg — Schkeuditz — Delitz — Bitterfeld — Wolfen bis zur Grenze von Anhalt, dieser folgend bis zum Schnittpunkt mit der Straße Könnern—Berwitz—Gröbzig—Könnern.
2. **Außer Kraft gesetzt werden die nachstehenden Artikel der preußischen Verfassung:**
   Artikel 5: „Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Die Bedingungen und Formen, unter welchen eine Beschränkung derselben, insbesondere eine Verhaftung, zulässig ist, werden durch das Gesetz bestimmt."
   Artikel 6: „Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe und Haussuchungen, sowie die Beschlagnahme von Briefen und Papieren sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen u. Formen gestattet."
   Artikel 7: „Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte und außerordentliche Kommissionen sind unstatthaft."
   Artikel 36: „Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur in den vom Gesetz bestimmten Fällen und Formen und auf Requisition der Zivilbehörde verwendet werden. In letzter Beziehung hat das Gesetz die Ausnahme zu bestimmen.
3. **Zur Kenntnis der Bevölkerung bringe ich die nachstehenden Bestimmungen des Gesetzes über den Belagerungszustand:**
   § 8: „Wer in einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Distrikte der vorsätzlichen Brandstiftung, der vorsätzlichen Verursachung einer Überschwemmung oder des Angriffs oder des Widerstandes gegen die bewaffnete Macht oder Abgeordnete der Zivil- oder Militärbehörde in offener Gewalt und mit Waffen oder gefährlichen Werkzeugen versehen, sich schuldig macht, wird mit dem Tode bestraft.
   Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann statt der Todesstrafe auf 10 bis 20jährige Zuchthausstrafe erkannt werden."
   § 9: „Wer in einem in Belagerungszustand erklärten Orte oder Distrikte
   b) ein bei Erklärung des Belagerungszustandes oder während desselben vom Militärbefehlshaber im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenes Verbot übertritt oder zu solcher Übertretung auffordert oder anreizt, oder
   c) zu dem Verbrechen des Aufruhrs, der tätlichen Widersetzlichkeit, der Befreiung eines Gefangenen oder zu anderen in § 8 vorgesehenen Verbrechen, wenn auch ohne Erfolg, auffordert oder anreizt, oder
   d) Personen des Soldatenstandes zu Verbrechen gegen die Subordination oder Vergehen gegen die militärische Zucht und Ordnung zu verleiten sucht,
   soll, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden."

   § 8, Absatz 1: „Wird unter Suspension des Artikels 7 der Verf.-Urk. zur Anordnung von Kriegsgerichten geschritten, so gehört vor dieselben die Untersuchung und Aburteilung der Verbrechen des Hochverrats, des Landesverrats, des Mordes, des Aufruhrs, der tätlichen Widersetzung, der Zerstörung von Eisenbahnen und Telegraphen, der Befreiung von Gefangenen, der Meuterei, des Raubes, der Plünderung, der Erpressung, der Verleitung der Soldaten zur Untreue und der in den §§ 8 und 9 mit Strafe bedrohten Verbrechen und Vergehen, insofern alle genannten Verbrechen und Vergehen nach der Erklärung und Bekanntmachung des Belagerungszustandes begangen oder fortgesetzte Verbrechen sind.

   Die §§ 8 und 9 treten sofort in Kraft. Vom Verhalten der Bevölkerung hängt es ab, ob ich noch besondere in das öffentliche Leben einschneidende Maßnahmen erlasse und wie in Halle a. S. auch für den Bezirk unter 1 ein
   außerordentliches Kriegsgericht
   einsetze. Dessen Urteile unterliegen keiner Anfechtung und werden sofort vollstreckt.
4. **Gemäß § 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand verleihe ich allen Offizieren und Oberjägern des Freiwilligen Landesjäger-Korps die Rechte von Polizeibeamten und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.**
5. **Untersagt ist das unbefugte Befestigen oder Unkenntlichmachen der durch Anschlag oder Aushang zur Kenntnis der Bevölkerung gebrachten Befehle und Bekanntmachungen der öffentlichen Behörden. Zuwiderhandlungen sind nach § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand strafbar.**

Halle, am 13. März 1919.
gez. **Maercker,**
Generalmajor u. Kommand. des Freiw. Landesjäger-Korps.

Sammete, Batiste und Seide, Mull, Voile und andere Stoffe, Normal- und Reformhosen
zu sehr mäßigen Preisen bei
S. Bilebty * Partiewaren,
Halle a. S., — Leipziger Straße 103, 1 Treppe. —

Kaiser-Panorama
Kaiser-Wilhelmshalle
(Hallesche Straße).
Täglich geöffnet von nachmittags 3 bis 9 Uhr abends.
Diese Woche
Korsika.

Merseby. Turnerschaft.
Gemeinsames Turnen der männlichen Mitglieder Mittwoch den 19. März, abends 8 Uhr, der weiblichen Mitglieder Donnerstag den 20. März abends 8 Uhr in der städtischen Turnhalle (Wilhelmstraße). Die Turnhalle ist geheizt.

Der Gesellschaftsverein // Ambrosia //
hält Sonntag den 16. März, von nachm. 3 Uhr und abends 7 Uhr an in Kötzschen (Köhes Gasthof) seinen
Ball
ab. Freunde und Gäste des Vereins sind herzlich willkommen. Der Vorstand.

S. F. C. 1915.
Sonntag den 16. März 1919 im Gasthof Deutscher Kaiser, Schkopau
Tanzkränzchen.
Anfang 3 Uhr nachm.
Hierzu ladet ein
der Vorstand.

Schießklub „Tell", Göhlitzsch.
Sonntag den 16. d. Mts., von nachm. 3 Uhr an
großer Ball.
Es ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Collenbey.
Sonntag, 16. März
*** Tanz- * Vergnügen.**
Anfang 3 Uhr.
Sinana.

Wallendorf.
Gasthof z. goldenen Anker.
Bandonion-Klub Waldröschen.
Sonnabend den 15. März, abends 7½ Uhr
*** Kränzchen, ***
wozu freundlichst einladet
Der Vorstand.

Bündorf.
Sonntag den 16. d. M., von nachmittags 4 Uhr an
große Ballmusik
wozu freundlichst einladet
Der Familienverein.

Atzendorf.
Sonntag den 16. März, von nachmittag 3 Uhr an, ladet zum
Tanz-Vergnügen
freundlichst ein
Th. Burkhardt.

Befehl!

Auf Grund des von mir erklärten Belagerungszustandes verordne ich:

Alle Schußwaffen und alle Munition aus Heeresbeständen (Gewehre, Karabiner, Pistolen, Maschinenpistolen, Revolvergeschütze aller Art, Maschinengewehre, Handgranaten, Gewehrgranaten, Minenwerfer und Flammenwerfer), die im Besitze dazu unbefugter Personen sind, sind bis zum

15. März, 6 Uhr abends,

bei der Polizei abzugeben.

Schußwaffen aus Heeresbeständen sind auch die im Inlande befindlichen aus früheren Heeresbeständen stammenden Schußwaffen.

Die Ablieferungspflicht erstreckt sich ferner auf sonstige Fernfeuerwaffen moderner Konstruktion sowie dazu gehöriger Munition.

An diesen Waffen ist zwecks späterer Rückgabe der Name des Einliefernden sichtbar und dauerhaft anzubringen.

Der bisherige unbefugte Besitz bleibt straflos, wenn die Ablieferung bis zu dem oben angegebenen Zeitpunkte erfolgt.

Wer nach Ablauf der Ablieferungspflicht im unbefugten Besitz von Waffen oder Munition der im Absatz 1 bezeichneten Art betroffen wird, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu Hunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Sollten die Waffen oder die Munition zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen verwendet werden, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu 5 Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter 3 Monaten. — § 3 der Verordnung über den Waffenbesitz vom 13. Jan. 1919, Reichsgesetzblatt Seite 31.

Dieser Befehl ergeht im Interesse der öffentlichen Sicherheit und leine Uebertretung wird, sofern nicht die obenstehenden Strafen verwirkt sind, nach § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand bestraft.

Halle a. S., den 13. März 1919.
gez. **Maercker,**
Generalmajor u. Kommand. des Freiw. Landesjäger-Korps.

Marine-Verein
der Ost- und Nordseestation Merseburg.
Sonnabend den 15. März
:: große Ball-Musik ::
im Kaffee-Haus zu Neuschau.
Alle Freunde des Vereins ladet hierzu nochmals herzlichst ein Der Vorstand.

5000 Rollen Kautabak
eingetroffen! * Garantiert rein!
Gebe auch größere Posten ab!
Otto Fuchs / Zigarren- u. Zigaretten-Spezialgeschäft, Merseburg, Kl. Ritterstr. 16. Tel. 364 u. 375.

Zur Übernahme der gut eingeführten
Agentur
einer erstklassigen Feuerversicherungs-Gesellschaft wird ein
*** tatkräftiger Mitarbeiter ***
der über gute Beziehungen verfügt, gesucht.
Hohe Bezüge!
Auch Mitarbeiter, die lediglich gelegentlich u. empfehlend sich betätigen können, sind erwünscht. Meldungen, die streng vertraulich behandelt werden, unter I 5 1144 an Haasenstein u. Vogler, A.-G. Magdeburg erbeten.

Kaufm. Lehrling
aus guter Familie für Baubüro bei Merseburg zu Ostern gesucht. Offerten unter U S 7226 an Rudolf Mosse, Halle a. S.

1000 Mark Belohnung
sichere ich demjenigen zu, welcher mir die Diebe nachweist, welche in der Nacht vom 13. zum 14. März, 1/2 3 Uhr in meinem Geschäfte einbrachen, Samt-, Astrachan- und Seidenmäntel, Herrenanzüge, Kleiderstoffe und Voile stahlen, damit ich sie gerichtlich belangen kann.
Die Spur führt durch das Heilmannsche Grundstück nach der Neuschauer Wiese zu.
H. Taitza, Neumarkt 18.

Junges Mädchen,
25 J. alt, sucht Bekanntschaft mit jungem Mann, Arbeiter (Witwer mit 2 Kindern nicht ausgeschlossen) zwecks sp. Heirat. Off. u. O B an die Exp. d. Bl.

Wer nimmt kleinen Jungen als Eigen an?
Angebote unter K M an die Exped. d. Bl. abzugeben.

Suche für meinen Sohn zu Ostern 1919 eine Stelle als Schlosser- oder Maschinenbauer-Lehrling.
A. Mierk, Merseburg, Neumarkt 49.

Jung. Mädchen,
in Stenographie und Schreibmaschine bewandert, mit guten Zeugnissen,
sucht Stellung in einem Büro.
Gefl. Angebote unter M 304 an die Exped. d. Bl.

Zum 1. 5. 19 wird ein in der techn. Installationsbranche sachkundiger und durchaus gewissenhaft arbeitender
jüngerer Buchhalter,
der schon erfolgreich tätig war, gesucht. Meldungen sind mit Zeugnisabschriften, Lebenslauf, Bild u. Gehaltsansprüchen unter „1215" an die Exped. d. Bl. zu richten.

Gewandte und zuverlässig arbeitende
Kontoristin,
welche Schreibmaschine u. Stenographie vollkommen beherrscht, für sofort oder 1. 5. 19 gesucht. Gefl. Offerten unter H P an die Exped. d. Bl.

1 Hausschneiderin
für einige Tage gesucht. Näheres in der Exped. d. Bl.

Frau zum Säckeausbessern
mit der Maschine sucht
Feit, Neuschauer Mühle.

Frauen zur Gartenarbeit
gesucht. Oskar Sonntag, Leunaer Straße 2.

Zwei Frauen zur Feld- u. Scheunenarbeit
sofort gesucht
Louis Weniger,
Obere Breite Str. 5

Suche Frauen zum Maschinendreschen sofort bei hohem Lohn.
Schmidt, Friedrichstr. 30.

Einfache Stütze od. erf. Hausmädch.
gesucht, das nähen u. schneidern kann.
Frau Rechtsanwalt Rademacher
Merseburg, Poststraße 14.

Mädchen,
welches Ostern die Schule verläßt, gesucht Karlstr. 25.

Suche zum 1. April bei hohem Lohn ein sauberes, fleißiges und ehrliches
Mädchen,
welches auch Liebe zu Kindern hat. Frau Rechnungsrat Barche, Berlin-Lichterfelde (West), Roonstraße 24.

Tücht. Kinderl. Mädchen
nach Berlin-Wetzensee per 1. 4. od. später gesucht. Zu erfragen bei Frau Schladitz,
Kleine Ritterstraße 11.

Aufwartung (auch jüng. Mädchen)
für 2 Stunden vormittags gesucht
Gutenbergstraße 16, part.

Saub. Aufwartung
für Vormittagsstunden sofort gesucht Christianenstr. 5, pt.

Kleines gelbbraun. Landhuhn
abhanden gekommen. Gegen Belohnung abzug. Teichstr. 37 I.

Der Herr,
welcher den schwarzen Pelzkragen am Donnerstag abend am Markt aufgehoben hat, wird gebeten, denselben gegen Belohnung in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Bitte diejenige Dame,
die am Freitag den 7. 3. abds. zwischen 7 und 8 Uhr auf dem Entenplan bei meinem Freunde um Auskunft über mich bat, um ihre werte Adresse. Herr im grünen Überzieher. Off. unter G B 13 an die Exped. d. Bl.

Hierzu eine Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190315-12/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 55. Sonnabend, den 15. März 1919 45. Jahrg

Demokratische Gemeindepolitik.

Die Deutsche demokratische Partei (Ortsverein Merseburg) hat für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen folgende Richtlinien für die demokratische Gemeindepolitik aufgestellt:

A. Allgemeine Forderungen.

Die Demokratie fordert Durchführung der demokratischen Grundsätze auch in der Gemeindeverwaltung, d. h. vor allem Gleichberechtigung aller Stände, Bekämpfung jeder Klassenherrschaft. Nach gesetzmäßiger Festlegung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Mann und Frau soll die Gemeinde die erste und vorzüglichste Pflanzschule für politische Betätigung und Heranbildung zu staatlicher und sozialer Mitarbeit sein. Ihre Selbstverwaltung ist uneingeschränkt durchzuführen durch Ausdehnung ihrer Befugnisse. Die Bestätigungs- und Aufsichtsrechte des Staates sind auf das geringste Maß zu beschränken. Bei der Umwandlung der Staatsorgane in Selbstverwaltungskörper soll die Gemeinde die untere Instanz für alle wesentlichen Staatsaufgaben darstellen, auf der sich die übergeordneten Instanzen der Staatsverwaltung aufbauen. Die sachliche Mitwirkung der gesamten Bürgerschaft an den Angelegenheiten ihrer Gemeinde muß gesichert werden durch Einführung der unmittelbaren Volksabstimmung für grundsätzlich wichtige Beschlüsse und durch Ermöglichung des unmittelbaren Volksbegehrens. Auch bei Konflikten zwischen Stadtverordnetenversammlung und Magistrat soll jeder der beiden die Entscheidung der Bürgerschaft durch unmittelbare Abstimmung über die strittige Frage anrufen können.

B. Einzelforderungen.

Eine Deutsch demokratische Stadtverordneten-Fraktion ist zu bilden.

*

Die Kriegsfolgen in moralischer, physischer und wirtschaftlicher Beziehung weisen den Gemeinden erhöhte und neue Aufgaben zu. Diese sind:

1. Bildungswesen.

Die Hebung der Volksbildung ist das vornehmste Ziel demokratischer Gemeindepolitik.

Die Gemeinde muß nach besten Kräften ihr Schulwesen ausbauen und vervollkommnen. Unbedingt ist dafür zu sorgen, daß die Klassen nicht überfüllt sind und der kostenlose Aufstieg begabter Kinder aller Kreise verbürgt wird. Das gesundheitliche, sittliche und geistige Wohl der Schulkinder ist durch geeignete Maßnahmen (Einrichtung von Kindergärten, Spielplätzen, Jugendheimen) zu fördern. Vorbereitende Maßnahmen zur Einrichtung der Einheitsschule. Die Verteilung von Stipendien, Stiftungen usw. hat nach Bedürftigkeit und Würdigkeit zu geschehen.

Für die Zeit vor der Schulentlassung ist eine sachgemäße Berufsberatung in die Wege zu leiten. Für die Fortbildung der Schulentlassenen beiderlei Geschlechts ist durch weitestgehende Ausgestaltung des obligatorischen Fortbildungs-, Fach- und Hauswirtschaftsunterrichts Sorge zu tragen. Eine Frauenschule, die den vorwärtsstrebenden Frauen aller Bevölkerungsschichten zugänglich ist, muß verwirklicht werden.

Die Errichtung von Lesehallen und Volksbüchereien, sowie künstlerische und gemeinverständliche Darbietungen an die Bürgerschaft sind zu fördern. Als Mittel hierfür ist die Gründung von Volkshäusern (Volksheime oder Stadthallen) ins Auge zu fassen.

Unterstützung des Theaters und der Stadtkapelle, die zu wahrhaften Volksbildungsstätten und Einrichtungen edler Volksunterhaltung auszugestalten sind.

Körperliche Ertüchtigung der Jugend beiderlei Geschlechts durch Unterstützung der Turnerei und gesunden Sports.

Einrichtung eines Jugendamtes zur Leitung der gesamten, fortgesetzt auszugestaltenden Jugendpflege.

2. Boden-, Wohnungs- und Verkehrspolitik.

Die Bodenpolitik muß die bauliche Erschließung der Gemeinde nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Entwickelung und unter Beobachtung gesundheitlicher und ästhetischer Gesichtspunkte zum Ziele haben. Der Gemeindegrundbesitz ist zu erhalten und fortgesetzt zu vermehren. Kurzfristige Bebauungsverpflichtung bei Abgabe städtischen Baulandes. Sicherung vor bedingungslosem Wiederverkauf einst städtischen Baugrundes (Vorrückkaufsrecht der Stadt). Unterstützung des Kleingartenwesens.

Grund und Boden, dessen Wert durch die Entwickelung der Stadt geschaffen wird, ist in steigendem Maße in kommunale Nutzung zu nehmen. Nur hierdurch können unverdiente Werte der kommunalen Gemeinschaft erhalten und eine künftige Überlastung mit Steuern in der Gemeinde vermieden werden. In der Bewirtschaftung von Grund und Boden ruht die Zukunft der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinde.

In der Wohnungs- und Siedlungspolitik muß in energischster und schleunigster Bekämpfung der herrschenden Wohnungsnot für die Befriedigung des Bedürfnisses der Bürgerschaft nach preiswerten gesunden Wohnungen, insbesondere auch Kleinwohnungen, und Kleinsiedlungen durch Unterstützung aller gemeinnützigen Siedlungsbestrebungen von Gesellschaften, Vereinen und Privatpersonen gesorgt werden. Die Privatbautätigkeit ist in jeder Weise einwandfrei zu fördern, unter Ausschluß der Spekulation. Sorge für Beschaffung von billigem Baumaterial (u. a. Verwendung des Materials aus dem Gefangenenlager). Die Wohnungsaufsicht ist zweckmäßig auszugestalten.

Die Lage des Hausbesitzes ist durch eigene Maßnahmen der Gemeinde wohlwollend zu sichern. Insbesondere muß ein gerechter Ausgleich angestrebt werden zwischen den Mietsfestsetzungen und den für die nötigen Reparaturarbeiten enorm gestiegenen Materialpreisen aller Art. Ausbildung des Einigungsamts-Prinzips bei Streitigkeiten zwischen Hausbesitzern und Mietern. Ausschaltung des Wuchers bei Aftervermietungen. Die Baulust anregende, aber doch auch ästhetischem Städtebau dienliche Bebauungspläne. Verbilligung und Vereinfachung der Straßenausbaukosten. Übernahme der Straßenreinigung durch die Stadt.

Die Boden- und Wohnungspolitik ist durch tatkräftige Förderung des Verkehrswesens (Eisenbahn, Straßenbahn und Kraftfahrzeuge) zu unterstützen. Hebung des Fremdenverkehrs und Zuzugs von außerhalb durch Unterstützung des Verkehrsvereins. Städtische Verschönerung und Schaffung guter Bahnverbindungen.

3. Armen- und Wohlfahrtspflege.

Bei der Armenpflege sind die besonderen Verhältnisse des Einzelnen zu berücksichtigen.

Der Verarmung muß durch eine weitsichtige Wohlfahrtspflege, die sich namentlich auch auf die gesundheitliche Fürsorge für Säuglinge, Wöchnerinnen und Kranke zu erstrecken hat und auf die minder günstig gestellten Kreise des Mittelstandes auszudehnen ist, tatkräftig vorgebeugt werden. Die enge Verbindung zwischen öffentlicher und privater Fürsorgetätigkeit ist anzustreben. Hinterbliebenen- und Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

Die erschreckend gesunkene Bevölkerungsziffer — kaum 40 Prozent der Geburten vor dem Kriege — im Jahre 1918 muß mit allen Mitteln gehoben werden durch Prämien an kinderreiche Familien, Geburten-Unterstützungsgelder, Mutterschutz. Tuberkulosenfürsorge und vor allem energische hygienische und sozialpolitische Maßnahmen zur Verhütung der Seuchen- und Schwindsuchtsgefahr.

Waisenpflege nach hygienischen Grundsätzen (Reform des sog. Ziehkinderwesens).

4. Angestellte und Arbeiter.

Die Gewährung auskömmlicher Gehälter und Löhne an die Angestellten (Beamte, Lehrer, Privatdienstvertragsangestellte) und Arbeiter der Gemeinde liegt nicht nur im Interesse der Empfänger, sondern auch in dem der Gemeinde.

Den Angestellten und Arbeitern ist die Vertretung durch Ausschüsse zu gewähren.

In Bezug auf die Arbeitsbedingungen sind die Gemeindebetriebe zu Musterbetrieben auszugestalten.

Für die Zeit der Teuerung sind ausreichende und gerechte Teuerungszulagen allen Gemeindebeamten, -Angestellten und -Arbeitern zu gewähren. Gleichstellung der Kommunalbeamten mit den Staatsbeamten.

Eintreten für Versetzung Merseburgs in eine höhere Servisklasse.

5. Wirtschaftspolitik, Handel und Handwerk.

Unternehmungen, die einem dauernden Bedürfnisse der Gemeinde dienen und durch ihren monopolartigen Charakter die Vorteile eines gesunden Wettbewerbes ausschließen, sind in die Verwaltung der Gemeinde zu überführen oder ihrer Aufsicht zu unterstellen.

Der freie Gewerbe- und Handelsbetrieb darf nicht ausgeschaltet werden. Das Gemeindeinteresse erfordert seine Hebung und Stärkung. In Notfällen ist jedoch zwecks Versorgung der Bürgerschaft mit notwendigen Lebensmitteln auf deren Beschaffung, Verteilung und Preisgestaltung Einfluß zu nehmen. Auch hierbei soll die Vermittlung des Handels keineswegs ausgeschaltet werden. Preisregelnde Beeinflussung und Beaufsichtigung des Marktwesens.

Die regelmäßige Gestaltung des Arbeitsmarktes ist durch paritätische Arbeitsnachweise zu fördern.

Weitgehender Schutz des Kleinhandwerks, das erhalten werden muß.

BeiVergebung von Gemeindearbeiten und -lieferungen sind in erster Linie die eingesessenen, selbständigen Gewerbetreibenden, insbesondere auch Handwerker, zu berücksichtigen und die Aufträge tunlichst in kleine Lose zu zerlegen. Vergebung der städtischen Arbeiten auch an einheimische Handwerkergenossenschaften; möglichste Vermeidung der Arbeitenvergebung an sog. Generalunternehmer. Zuziehung von gewerblichen Sachverständigen bei Vergebung großer städtischer Arbeiten. Bereitstellung billigen Geldes für Handwerker und kleinkaufmännische Betriebe, die im Kriege zurückgekommen sind. Unterstützung gemeinnützigen Kreditwesens, insbesondere auch für die Übergangszeit. Bekenntnis zum allgemeinen Handwerkerprogramm der deutsch-demokratischen Partei auch in der Kommune. Dies Programm, verfaßt von bekannten Handwerkerführern, wie Obermeister Rahardt, lautet:

Die Deutsche demokratische Partei, von dem Wert und der Unentbehrlichkeit des Handwerks und Kleinhandels überzeugt, fordert die Wiederaufrichtung des Handwerks durch Zuführung von Arbeit, Rohstoffen und Kredit. Zur dauernden Erhaltung eines kräftigen gewerblichen Mittelstandes verlangt sie weitgehende berufliche Selbstverwaltung, freiheitlichen Ausbau der Handwerkskammern, Innungen und sonstiger Berufsverbände, freie Bahn für die Entfaltung des Genossenschaftswesens, Änderung des öffentlichen Verdingungswesens auf der Grundlage des angemessenen Preises, ausreichenden Schutz gegen den Wettbewerb der Gefängnisarbeit und der öffentlichen Regiebetriebe. Hebung der technischen und kaufmännischen Leistungsfähigkeit des Handwerks, Aufrechterhaltung der Handwerkslehre, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung, Mitwirkung der Berufsvertretungen am Fach- und Fortbildungsschulwesen, Meisterkurse. Die zur Wiederaufnahme der Bautätigkeit erforderlichen Maßnahmen sind schleunigst zu treffen.

Industrie- und gewerbefreundliche Kommunalpolitik zur Herbeiführung neuer Industriezweige und Erhaltung der hier bestehenden. Reform der Gewerbesteuer im Sinne des Ausgleichs von Härten gegenüber den Gewerbetreibenden.

Das bestehende System der Realsteuern ist einer Reform in dem Sinne zu unterziehen, daß diejenigen Gewerbebetriebe, deren Ertrag im wesentlichen auf der persönlichen Arbeit des Gewerbetreibenden beruht, entlastet, die Härten der Umsatzsteuer beseitigt und die unbebauten Grundstücke zugunsten der bebauten in stärkerem Maße zur Steuerleistung herangezogen werden. Überhaupt ist das ganze städtische Finanzwesen nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit auszugestalten. Jede finanzielle Belastung des Lebensmittelkonsums ist abzulehnen.

Bei gesteigerten Ansprüchen stehen dieGemeinden vor einer Zerrüttung der Finanzen. Ungeheure Forderungen an die Steuerleistung werden bereits Reich und Staat stellen. Diese Lage erfordert genaueste Abwägung der Notwendigkeit jeder Ausgabe. Sparsamkeit in der Verwaltung, Vereinfachung der Geschäftsführung sind erste Erfordernisse.

*

Die wirtschaftliche Aufgabe der Demokratie in der Gemeinde liegt in der Umwandlung der sozialen Ideen der Gegenwart zu schaffender Wirklichkeit, in der Erhaltung individueller Wirtschaftskraft auf den Gebieten, wo sie unersetzlich für die Unterhaltung und Ernährung der städtischen Bevölkerung ist und zugleich in dem Aufbau sozialer Gemeinschaft, wo es gilt, Monopolgewinne zu erfassen und starke finanzielle Kräfte für die Zukunft zu sichern, die wachsenden sozialen Aufgaben zu lösen imstande sind. Gesunder Wirklichkeitssinn, nicht dogmatische Parteischablone muß entscheiden, wo das Eine, wo das Andere notwendig ist.

Wird Ordnung und Ruhe bewahrt, wird die Verwaltung in gesetzmäßige Bahnen zurückgeführt, wird uns die Möglichkeit geboten, diese Grundsätze zu verwirklichen, so wird die Stadt die furchtbare Prüfung dieser Zeit überstehen können und nach schweren Jahren des Überganges zu neuer Blüte gelangen.

Deutschland.

— **Bevorstehender Rücktritt preußischer Unterstaatssekretäre.** Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, werden die Unterstaatssekretäre v. Gerlach vom Ministerium des Innern, Göhre vom preußischen Kriegsministerium und Dr. Baege vom Ministerium für Wissenschaften und Volksbildung nach Zusammentritt der preußischen Landesversammlung bei Bildung der neuen preußischen Regierung ihre Ämter zur Verfügung stellen.

— **Der Rücktritt Dr. Michaelis' als Stettiner Oberpräsident.** Dem Oberpräsidenten Dr. Michaelis ist vom Minister des Innern mitgeteilt worden, daß die preußische Regierung zum 1. April eine andere Besetzung des Oberpräsidiums in Stettin eintreten lassen wollte. Daraufhin hat der Oberpräsident Dr. Michaelis sein Abschiedsgesuch zum genannten Zeitpunkt eingereicht.

— **Unter den neuen Steuervorlagen der Reichsregierung** wird nach der „B. Z.“ auch eine Tabak- und Zündholzsteuer sein. Das alles ist ja selbstverständlich. Unseres Wissens dürfte für die Zigarren eine Banderolensteuer in Aussicht genommen sein.

— **Vorgeschmack der kommenden Steuern.** Unter der Überschrift 350 v. H. Steuerzuschlag in Britz schreiben Berliner Blätter: Der Entwurf zum Haushaltsplan der Gemeinde Britz sieht einen Zuschlag zur Einkommensteuer von 350 v. H. vor gegen 190 v. H. im laufenden Rechnungsjahr. Im vorigen Jahre brauchte der Zuschlag nur von 170 auf 190 v. H. erhöht zu werden. Ähnliche Steuererhöhungen wie in Britz sind in den meisten südlichen und nördlichen Gemeinden Groß-Berlins zu erwarten.

— **Das Demobilmachungsamt,** das nicht den Charakter eines Reichsministeriums hat, wird voraussichtlich im April aufgelöst werden, da seine Aufgaben erfüllt sind. Damit wäre auch die Stellung seines Leiters, Dr. Köth, hinfällig, der ja inzwischen sein Entlassungsgesuch eingereicht hat.

Provinz und Umgegend.

† **Naumburg,** 13. März. Drei große Sanitätsautomobile, die auf der Fahrt nach Weimar hier durchfuhren, lieferten eine Anzahl von Spartakussen ab, die bei einem Kampfe zwischen Regierungstruppen und Spartakussen gefangen genommen worden waren. Ein nach Berlin bestimmter Pferdetransport, 50 reitende Jäger mit je 3 Pferden, erhielt hinter Kindelbrück auf offener Landstraße plötzlich Maschinengewehrfeuer. Ein Mann wurde durch Kopfschuß schwer verwundet, ein Pferd getötet, eins verwundet. Die Überfallenen stellten die Pferde in der nächsten Ortschaft unter. Dann gingen 80 Mann gegen die Angreifer vor, umschwärmten die angeblich aus Sömmerda gekommenen Spartakusse in einer Sandgrube, fügten ihnen schwere Verluste zu und nahmen einen Teil gefangen. Die Gefangenen wurden darauf den gerade vorüberkommenden Sanitätsautomobilen übergeben, welche sie hier in Naumburg ablieferten. Ebenso wurde eine Anzahl Leichtverwundeter mitgeführt, während die nicht transportfähigen Schwerverwundeten dort bleiben mußten.

† **Zeitz,** 12. März. Seit ungefähr 8 Jahren kam Tag für Tag ein Pintscherhund vor die Geschäftsstelle der „Z. N. N.“, um für seine Herrin das Blatt zu holen. Am Dienstag stand er infolge des Generalstreiks vor verschlossenen Türen. Wie er sich auch sonst durch lautes Bellen bemerkbar machte, so tat er es auch diesmal und beruhigte sich nicht eher, als bis man ihm eine alte Zeitungsnummer übergeben hatte, mit der er befriedigt nach Hause eilte. Die Besitzerin des „Zeitungshundes“ ist somit die einzige Bezieherin, die auch während des Generalstreikes eine Nummer erhalten hat.

† **Neustadt** (Orla), 12. März. Trotz der Bitten der Regierung und trotz des Zuredens der berufenen Führer hat eine große Anzahl (fast die Hälfte aller) von Gemeinden des Neustädter Kreises die Frist zur vorläufigen Weiterlieferung von Milch und Butter bis zum 15. März nicht eingehalten. Wie das Ernährungsamt der Thüringischen Staaten und die Thüringische Landesfettstelle bekannt geben, kann und wird die Regierung unter keinen Umständen die Verantwortung für die Folgen übernehmen, die unabweislich eintreten, wenn der Neustädter Kreis, und seinem Beispiel folgend noch andere Kreise, den gesetzlichen Vorschriften und den auf sie gegründeten Verwaltungsmaßnahmen widerstreben. Diese Folgen wären so furchtbar, daß man sie weder ausdenken noch erdeuten mag. Sage sich jeder selbst, was die Pflicht gebietet und die ungeheure Not des Vaterlandes erfordert.

† **Gera,** 14. März. Um aus Anlaß der jetzigen ernsten Zeit einen Wahlkampf zu ersparen, haben sich sämtliche hiesige politischen Parteien zur Gemeinderatswahl auf eine Liste geeinigt, so daß sich die Gemeinderatswahl erübrigte. Es erhielten die Sozialdemokraten 33, die Deutsche demokratische Partei 9 und der Gemeindewahlverein 12 von 54 Sitzen im Gemeinderate.

† **Zechau** (S.-A.), 14. März. Daß Kriegsgefangene, selbst wenn sie jahrelang verschwunden sind, trotzdem noch nicht aufgegeben zu werden brauchen, das lehrt wieder ein Fall, der sich hier zugetragen hat. Schon seit vier Jahren wurde ein hiesiger Krieger vermißt, der mit nach Rußland gezogen war. Alle Bemühungen, ihn ausfindig zu machen oder über seinen Tod etwas zu erfahren, waren umsonst. So ergab sich denn seine Frau in ihr Schicksal, und als sich dann ihr wieder Gelegenheit bot, griff sie zu und schloß einen neuen Ehebund, worauf sie mit dem Erwählten ihres Herzens nach Bayern verzog. Wie staunte man aber, als beim hiesigen Gemeindevorsteher ein Brief einlief, worin sich als Schreiber der längst vermißte Krieger entpuppte. Er fragte an, wie es seiner Frau ergehe. Seit Jahren in russischer Gefangenschaft, weile er in Sibirien, habe aber niemals aus der Heimat Antwort auf seine Briefe erhalten. Noch mehr überrascht dürfte aber des Kriegers Frau gewesen sein, als sie den nachgesandten Brief gelesen haben wird.

Kleine Nachrichten.

In der Camburger Zuckerfabrik lagen mehrere Tausend Zentner Zuckerrüben, die, weil der Betrieb der Fabrik wegen Kohlenmangels eingestellt ist, in Fäulnis übergegangen sind. Vorerst sind keine Kohlen zu erwarten. — Auf dem letzten Schweinemarkte in Buttstädt herrschte Hochkonjunktur. Für ein Paar Schweinchen, die man zur Not in der Rocktasche heimtragen konnte, wurden bis zu 300 *M* verlangt und bezahlt. — In Plauen wurde ein 23jähriger angeblicher Fliegerfeldwebel Weide festgenommen, weil er im dringenden Verdacht steht, verschiedene Bahnhofsdiebstähle in Süd- und Mitteldeutschland verübt zu haben. — In Thüringen ist die Wintersaat ausgezeichnet durchgekommen. — In einer Jenaer Zeitung veröffentlicht ein Dr. St. folgende Erklärung: „Diejenige Person, die mir durch Eilpost den Säugling zusandte, wird gebeten, diesen sofort wieder abholen zu lassen, da ich keine Bürgschaft für anständige Erziehung übernehme.“ — Ein Elternrat ist am Nordhauser Realgymnasium gebildet worden und gestern zu seiner ersten Sitzung zusammengekommen. — Vom Gut Granau bei Nietleben wurden kürzlich 6 Schafe gestohlen und auf dem Kirchberg abgeschlachtet. — In einer stark besuchten Betriebsversammlung haben sich die Arbeiter des Eisenhüttenwerks in Thale einstimmig gegen den Generalstreik erklärt.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ **Schöffengericht Merseburg.** Die Gebrüder Arbeiter Paul und Max F. aus Groß-Gräfendorf hatten polizeiliche Strafverfügungen erhalten, gegen die sie gerichtliche Entscheidung beantragt hatten. Sie wurden beschuldigt, am 7. Januar 1919 in Merseburg bei Abfahrt des Zuges nach Leuna sich auf einen Wagenpuffer gesetzt zu haben. Das Gericht ermäßigte bezüglich des Paul F. die Strafe auf 9 *M* oder drei Tage Haft; bei Max F. wurde aber die von der Polizei festgesetzte Strafe in Höhe von 15 *M* ev. 3 Tagen Haft bestätigt. — Antrag auf gerichtliche Entscheidung über einen ihm zugestellten amtsrichterlichen Strafbefehl hatte der Gastwirt Otto W. von hier gestellt, dem zur Last gelegt wurde, in der Nacht zum 1. Februar 1919 seine Gastwirtschaft nicht zur gebotenen Polizeistunde geschlossen zu haben. Das Gericht ermäßigte die Strafe auf 20 *M* ev. 2 Tage Haft. — Die Dienstmagd Martha Sch., jetzt in Creypau wohnhaft, war angeklagt, im Monat November 1918 in Kötzschen ihrer Mitarbeiterin Wilhelmine Kretzschmar, jetzt verehelichten Pinkert, 3 Paar schwarze Frauenstrümpfe und 2 Frauenhemden gestohlen zu haben. Da die Angeklagte nicht erschienen war, beschloß das Gericht ihre Vorführung zum nächsten Termin. — Ebenfalls Antrag auf gerichtliche Entscheeidung übr einen ihm zugestellten amtsrichterlichen Strafbefehl hatte der Blechschmied Johannes L. aus Wörmlitz gestellt, der beschuldigt war, am 22. November 1918 in den Leunawerken der Badischen Anilin- und Sodafabrik 5 Blechstreifen im Werte von 4 *M* gestohlen zu haben. Das Gericht bestätigte aber die im Strafbefehl festgesetzte Strafe von 1 Tag Gefängnis. — Der Arbeiter Paul Sch. in Benndorf stand unter der Anklage, am 20. September 1915 in Benndorf den Knecht Bornschein mit einem Bierglase körperlich mißhandelt zu haben. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß Sch. Feldzugsteilnehmer ist, weshalb das Gericht die Einstellung des Verfahrens zufolge Amnestie-Erlasses vom 7. Dezember 1918 beschloß. — Der Händler Ernst Albin H. aus Leipzig-Gohlis hatte ohne besondere behördliche Genehmigung im Juli 1918 in Spergau und Umgebung Lebensmittel, nämlich Hühnereier, 1 Hahn, mehrere Hühner und Getreide unter vorsätzlicher Verletzung der ergangenen Verbrauchsvorschriften zu Weiterveräußerung erworben. Es war ihm dieserhalb ein amtsrichterlicher Strafbefehl zugestellt worden, gegen den er Einspruch erhoben hatte. Das Gericht gelangte zur Freisprechung, da der Nachweis nicht erbracht werden konnte, daß ein gewerbsmäßiger Handel vorlag. — Der Arbeiter Ewald K. in den Leunawerken hatte am 24. Dezember 1918 der Arbeiterin Frida Beirich 2 weiße Unterröcke, 1 Untertaille und 1 weiße Bluse im Gesamtwerte von 75 *M* gestohlen. Da K. heute ohne Entschuldigung fehlte, wurde seine Vorführung zum nächsten Termin angeordnet. — Einspruch gegen einen ihm zugestellten Strafbefehl hatte der Landwirt Gottlob D. aus Pretzsch gestellt, der erlassen worden war, weil er den Amtsvorsteher Haase in Kleinliebenau durch einen an diesen gerichteten Brief beleidigt hatte. Das Gericht gelangte zur Freisprechung in der Annahme, daß dem D. die Absicht der Beleidigung gefehlt hat. — Auch das Laufmädchen Marie H. in Halle hatte Einspruch erhoben gegen einen ihr zugestellten amtsrichterlichen Strafbefehl. Ihr wurde zur Last gelget, im Januar 1919 in den Leunawerken ihrer Mitarbeiterin Ella Arndt ein Portemonnaie enthaltend 5 *M* und eine Eisenbahn-Arbeiterwochenkarte gestohlen zu haben. Das Gericht nahm Unterschlagung als vorliegend an und erkannte auf eine Geldstrafe von 30 *M* ev. 3 Tagen Gefängnis. — Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte galizische Arbeiter Wasyl B. hatte sich monatelang durch Betteln ernährt, weshalb seine Verurteilung zu drei Wochen Haft erfolgte.

⊥ **Muß sich der Verletzte bei der Schadensersatzklage die Tatsache anrechnen lassen, daß er durch den Unfall vom Kriegsdienst frei geworden ist?** Eine eigenartige, für Juristen wie Laien gerade heutzutage besonders interessante Frage ist soeben vom Reichsgericht entschieden worden. Ein Jäger, der einen militärpflichtigen Treiber angeschossen hatte und von diesem auf Schadensersatz verklagt wurde, machte geltend, daß der Kläger infolge der Schußverletzung kriegsuntauglich geworden und damit der Gefahr, im Felde sein Leben einzubüßen, entronnen sei. Diesen „Vorteil“ müsse er sich in Anrechnung bringen lassen; esseien ihm deshalb 20 Prozent der geforderten Entschädigung abzuziehen. Das Oberlandesgericht Karlsruhe bezeichnet dieses Verlangen indessen als unbillig; den gleichen Standpunkt hat das Reichsgericht eingenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190315-12/fragment/page=0005

Holzversteigerung

der Oberförsterei Halle, Schutzbez. Burgliedenau, Mittwoch, 19. März 1919, von vormittags 10 Uhr ab im Thammschen Gasthof in Rabnitz (Jagen 42/44. 47. 54/55. — Schlag und Sammelhieb).

5 rm Eichen-Schichtnutzholz (für Böttcher); 200 rm Eichen-Scheite u. -Knüppel; 190 rm Eichen-Reis 1. Kl.; 20 rm Laubholz-Scheiten-Knüppel; 760 rm Reis 1. u 3. Kl.

Suche Esel oder kleines Pferd

zu kaufen. Doner Kraus, Dehlitz b. Weißenfels a. S.

Schlacht-Pferde

kauft zu höchsten Preisen

Fritz Müller, Dürrenberg,
Schkeuditerstr. 18 Tel. 7.

Achtung!

Frauenhaar, Roßhaar, Kaninchenfelle, Lumpen und Alt-Metalle kauft zu höchsten Preisen

Frau Irmisch, Johannisstr. 16, pt.

Taschenlampen-Batterien

von größter Brenndauer, Stück 1,80 Mk.,

Gasglühstrümpfe

empfiehlt

Paul Rudolph, Lindenstr. 6, Elektr. Instl.-Geschäft.

*** Hüte ***

werden zum Umarbeiten und Modernisieren angenommen

Frau Wiek, Lindenstr. 11, Hof.

Osterhasen, gefüllte Eier und Nester

verkauft Sonnabend

Martha Hoffmann,
Gotthardtstr. 14, 1. Et.
Reichardts Schokoladengeschäft.

Spinat und **Speise-Zwiebeln**

verkauft **Trebst,** Gärtnerei, Nordstraße.

Gummiwaren
aller Art,
Verbandstoffe
Kranken-Möbel
Bedarfsartikel für
Wöchnerinnen und Säuglinge,
gummierte und wasserdichte
Bettstoffe,
Irrigatoren u. Spülapparate,
Dauerwäsche und **Hosenträger.**

C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 40/41,
Halle a. S.
Fachgeschäft u. Versandhaus für Gummiwaren und sanitäre Artikel.
Fernruf 6545.

Bekanntmachung.

Vom Reichsministerium habe ich Befehl erhalten; alle Waffen aus Heeresbeständen, die sich in der Stadt Merseburg und ihrer Umgebung in den Händen Unbefugter befinden, einzuziehen.

Ich befehle: Alle Personen, die Waffen aus Heeresbeständen (Maschinengewehre, Gewehre, Karabiner, Pistolen aller Art, Seitengewehre) oder Munition (Handgranaten, Patronen) besitzen, haben sie bis 18. 3. 1919, 6 Uhr abends bei der Polizei abzuliefern. Bis zu diesem Zeitpunkt sichere ich Straflosigkeit zu. Wer nach dem 13 3. 1919 um 6 Uhr abends im Besitz von solchen Waffen oder Munition getroffen wird, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren oder Geldstrafe bis zu 100 000 Mark bestraft.

Halle a. S., den 10. März 1919.
gez. Märker.
Generalmajor u. Kommand. des Freiwilligen Landesjäger-Korps.

Da der Befehl zu spät eingegangen ist, wird der Zeitpunkt der Abgabe bis zum 16. 3. 1919 12 Uhr mittags verlängert.

Merseburg, den 13. März 1919.
Garnison-Soldatenrat. Garnisonkommando.
J. A.: Diesener,
Ferl. Hauptmann,

Bekanntmachung.

Sämtliche Unteroffiziere und Mannschaften des Landheeres, die aus dem Heeresdienst entlassen sind und die ihnen als Entlassungsanzug mitgegebenen Uniformen tragen, haben vom Rock, (Bluse) sowie vom Mantel die Schulterklappen und Rangabzeichen zu entfernen. Entlassenen Marinemannschaften ist verboten, soweit ihnen nicht das Recht zur Anlegung ihrer früheren Uniform verliehen ist, in Heimats- oder Wohnorten die Marineuniform kennzeichnenden Bekleidungsstücke zu tragen. Das sind im besonderen: Mützenbänder, Tressen an den Jacken, Kragenlitzen an den Überziehern, metallene Jacken- und Überziehernknöpfe, sowie die sämtlichen Armelabzeichen.

Soldatenrat. Garnisonkommando
Ferl. Diesener.

Achtung! * Landwirte!

Schlachtepferde, Esel und Fohlen,

auch mit Beinbrüchen, hole allerorts ab und zahle, wie allbekannt, die

höchsten Preise!

Pro Zentner bis 100 Mark und noch mehr.

In allen Fällen streng reell und korrekte Bedienung. — — Vermittler erhalten — hohe Provision! —

Franz Vogel jun.,
Radewell bei Ammendorf,
Roßschlächterei,
Wurstfabrik mit elektrischem Betrieb,
— erste und älteste am Platze, —
Telephon-Anschluß 58 Amt Ammendorf,
Hauptstraße 16.

Cinophon-Theater

Große Ritterstraße 1 :-: Große Ritterstraße 1

— Fernruf 215. —

Ab Freitag bis Montag:
der überall mit großem Beifall aufgenommene Film

Im Zeichen der Schuld.

Aus dem Leben eines Vorbestraften. Zeitgebild in 5 Akten. Hauptdarsteller: Bruno Decarli.

Lebensbahnen

Ein Sängerleben, dramatisches Lichtspiel in 5 Akten.

Sonntag ab 3 Uhr: Jugend-Vorstellung, ab 5 Uhr und :—: 7½ Uhr: Vorstellungen für Erwachsene. :—:

/././././

Ab Dienstag: „Söhne des Volkes". Problem-Film von Ole Olsen. Hauptdarsteller: Gunnar Tolnäs.

G. V. F.

hält Sonnabend den 15. März, von abends 6½ Uhr an, sein

Vergnügen

in Schmidts Gasthaus in Meuschau ab. Unsere sonst eingeladenen Gäste sind herzlichst willkommen. Der Vorstand.

Tanzschule Hünicke-Hölzer.

Zu unseren **Frühjahrs-Zirkeln,** Schüler- und Abend-Kurse, nimmt Herr Ohme, Brühl 20, noch Anmeldungen entgeg.

Alles Bezugscheinfrei!

Taschentücher,
Voilé-Blusen (gestickt)
Seidenstoffe für Kleider und Blusen.
Grosser Posten **Scheuertücher** (handgewebt)
Rudolf Krämer.
Telephon 444. Merseburg. Christianenstr. 7.
Verkauf findet auch Sonntags statt!

Hermann Schladitz

Uhrmacher

Großes Lager moderner Uhren

Zeitgemäße Schmucks
Bestecke
Optische Artikel

Kl. Ritterstr. 11

Fernsprecher 472

Vereinigung zur Verwertung von Schlachtpferden

HALLE a. S. e. G. m. b. H. Büro: Schlachthof.

Telegramm-Adresse: Schlachtpferde. Fernspr. 1029.

Wir sind **dauernd Abnehmer** von

Schlachtpferden jeder Anzahl

und bitten die Herren **Landwirte** und **Pferdebesitzer** höflichst um **Angebote** an **uns direkt** oder an **unsere Mitglieder.**

Notschlachtungen werden jederzeit schnellstens und korrekt ausgeführt.

Aisleben, Karl, Halle a. S., Reilstr. 23, Tel. 4218.
Böhlert, Herm., Halle a. S., Glauchaerstr. 75, Tel. 1568.
Holland, Arthur, Halle a. S., Torstr. 43, Tel. 2405.
Möbius, Arthur, Halle a. S., Langestr. 21/22, Tel. 2458.
Müller, Herm., Halle a. S., Wörmlerhöhe 41, Tel. 4046.
Puppe, Aug., Halle a. S., Gr. Steinstr. 67, Tel. 4463.
Quandt, Herm., Halle a. S., Langestr. 20/21, Tel. 1156.
Strömer, Paul, Halle a. S., Kl. Sandberg 14, Tel. 3468.
Churm, Joh., Halle a. S., Glauchaerstr. 79, Tel. 6518.
Churm, August, Halle a. S., Reilstr. 10, Tel. 6507
Weinrich, Karl, Halle a. S., Völlb. Weg 30, Tel. 1876.
Zaubitzer, Max, Halle a. S., Steinweg 52, Tel. 3515.

Funkenburg.

Sonntag den 16. März, ab 4 Uhr,

großer Ball

bei vollbesetztem Orchester.
Otto Trautewein.

Allgemeiner Turn-Verein.

47jähriges

Stiftungsfest

findet am 15. d. Mts., von abends 6 Uhr ab, im „Tivoli" statt.
Der Vorstand.

Gasthaus Trebnitz.

Sonntag den 16. März veranstaltet der Dramat. Club „Mignon", Merseburg, ein

Tänzchen.

Abends in den Tanzpausen hum. Vorträge sowie die Posse: „Das Stiftungsfest". Freunde und Gönner des Clubs werden hierdurch herzlich eingeladen. Anfang 3 Uhr nachmittag.
Der Vorstand.

---

50 Fuhren Lehmwand

aus den Höllenscheunen sind unentgeltlich abzufahren. Gute Anfuhr von der Dammseite aus.
Gebr. Seibicke, Eisenhandlung.

Da ich infolge der Ladenknappheit kein offenes Geschäft eröffnen kann, so empfehle ich mich auf Abonnements in

Rasieren, Frisieren und —:— Haarschneiden —:—

außer dem Hause. Prompte und saubere Bedienung wird zugesichert. — Ich bitte die Einwohnerschaft Merseburgs u. Umgeb., mich gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll
Paul Koschel, Friseur.

Bestellungen auf Abonnements bitte nach Neumarkt 52 zu richten. Ferner empfehle ich mich zur Anfertigung sämtlicher Haararbeiten. D. O.

Scheune oder verschließb. Lagerraum

zu mieten oder zu kaufen gesucht.
Gebr. Seibicke, Eisenhandlung.

Die Mitgliederbücher

werden in der Zeit **vom 12. bis 20. März d. J.** ausgegeben.

Gleichzeitig erfolgt die **Auszahlung** der auf 5 Prozent festgesetzten Dividende für vollgezahlte Anteile und Auszahlung der Guthaben ausgeschiedener Genossen.

Für nicht vollgezahlte Anteile sind in derselben Zeit die Beiträge zu entrichten.

Merseburg, den 10. März 1919.

Vorschuß-Verein zu Merseburg.
Eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht.
E. Hartung. Hädecke. Ortmann.

Wäscherei „Dammühle"

Wagnerstr. 11 **Merseburg** Wagnerstr. 11

übernimmt:

Familienwäsche
gewaschen und gerollt, von 30 Pfd. an,

Nasswäsche
zum selbsttrocknen, von 30 Pfd. an,

Herrenstärkewäsche
tadellose Ausführung,
zum waschen und plätten,
auch nur zum plätten.

Schnellste Lieferung. Billigste Preise.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190315-12/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 2,70 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,— Mk. Einzelnummer 10 Pf.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Chiffrenanzeigen und Nachweisungen 20 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 55. Sonnabend, den 15. März 1919. 45. Jahrg.

Zusammentritt der preußischen Landesversammlung.

Bei dicht gefülltem Hause, aber spärlich besetzten Tribünen ist gestern die am 26. Januar gewählte Preußische Landesversammlung zum erstenmal zusammengetreten. Der Eröffnungstag vollzog sich ohne alle Förmlichkeiten, wenigstens im Saale selbst. Außerhalb des Sitzungssaales waren allerdings nicht wenige Formalitäten zu erledigen, bis der Zutritt gestattet wurde. Schon wenn man sich dem Hause näherte, wurde an der Wilhelmstraße und an der Königgrätzer Straße nach dem Ausweis gefragt. Wer nicht im Besitz einer offiziell abgestempelten und mit Namensunterschrift versehenen Photographie war, wurde von den Schutzleuten zurückgewiesen. Im Hause selbst erfolgte eine neue Untersuchung, diesmal, wenigstens für alle, die nicht Abgeordnete sind, sogar genaue Leibesuntersuchung, ob auch nicht eine Waffe in das Haus einzuschmuggeln versucht wird. Auf der Journalistentribüne abermals eine genaue Prüfung, ob auch die Legitimation wirklich in Ordnung ist. So ungewöhnlich diese strengen Absperrungsmaßregeln waren, unterzogen sich mit Rücksicht auf die Notwendigkeit alle den wiederholten Prüfungen. Der spärliche Besuch der Tribünen war sicher nicht zurückzuführen auf einen Mangel an Interesse in der Bevölkerung, sondern auf die Unmöglichkeit, eine Tribünenkarte zu erhalten. Im Abgeordnetenhause sind sonst selbst an „großen" Tagen Tribünenkarten leicht zu erhalten. Am Donnerstag aber wurden Tribünenkarten an Fremde überhaupt nicht ausgegeben, sondern unter den Abgeordneten verteilt, die Bürgschaft leisten mußten für die von ihnen mit Karten beglückten Personen.

Der Sitzungssaal ist in seiner Gestalt der alte geblieben. Die Zahl der Mitglieder ist von 443 auf 401 gesunken. Der starke Zusammenbruch der Konservativen und das Anwachsen der sozialdemokratischen Mandate haben eine Verschiebung der Plätze für die Fraktionen nach rechts bewirkt. Die Deutsche demokratische Partei sitzt etwa in der Mitte des Hauses, dort, wo früher die Mitglieder des Zentrums ihre Plätze hatten. Die Deutsche Volkspartei hat in der Reihenfolge der Fraktionen den Platz mit dem Zentrum gewechselt, so daß sich rechts an die Deutschnationale Volkspartei sogleich die Deutsche Volkspartei und erst dann das Zentrum, die Deutsche demokratische Partei und die Sozialdemokraten nach links anschließen bis zu den unabhängigen Sozialdemokraten. Im äußeren Bilde des Hauses traten die Frauen wenig hervor. Sie haben sich mit ihren Fraktionskolleginnen zumeist zusammengesetzt.

Der Beginn der Eröffnungssitzung war zunächst auf 2 Uhr angesetzt, dann aber 2½ Uhr verschoben worden. Pünktlich zu diesem Termin betraten die Mitglieder des gegenwärtigen Ministeriums den Sitzungssaal ohne jedes Glockenzeichen. Noch während das laute Gesumm der Unterhaltung der Mitglieder den Saal erfüllte, ergriff plötzlich der Minister Hirsch von den Mehrheitssozialisten das Wort zur Begrüßungsansprache, um einen Rückblick auf die Vergangenheit und einen Ausblick in die Zukunft zu werfen, bevor er sein und seiner Ministerkollegen Amt in die Hände der souveränen Vertretung des Volkes zurücklegt. „Mit Genugtuung begrüßen wir den Tag", erklärte der Minister, „an dem die schwere Verantwortung von unseren Schultern genommen wird, die wir nicht aus Ehrgeiz, sondern nur aus Pflichtgefühl die Macht ergriffen haben, weil eine Macht geschaffen werden mußte, bevor es dazu zu spät war." In der Tat: gerade die Ereignisse der letzten Tage in Berlin haben wieder gezeigt, wie schwer die Last der Verantwortung auch heute noch auf den Schultern derer ruht, die berufen sind, das Staatsschiff in das Fahrwasser demokratischer Gesetzlichkeit zu lenken. Welche Stürme auch das neue Haus der Volksvertretung in nächster Zeit erleben wird, das deutete bereits der Tumult an, der auf den Bänken der Unabhängigen in gut geführter Regie sich erhob, da der Ministerpräsident das terroristische Vorgehen jener gewalttätigen und verbrecherischen Minderheit geißelte, die die Aufrichtung der Ordnung bedroht. Mit Ausnahme der Unabhängigen dankte ihm das ganze Haus, als er mit ernster Stimme feststellte, daß wir in den Abgrund sinken, wenn unser Volk sich nicht auf seine Pflicht zur Arbeit besinnt. — Einhellig war der Beifall des Hauses bis auf die Radikalen von rechts, als der Minister die Bereitwilligkeit Preußens hervorhob, im Reiche aufzugehen. Die Bedingung dafür müsse freilich sein, daß auch die anderen Gliedstaaten auf ihre bisherigen Sonderrechte verzichteten. Das Bekenntnis zum Reich ist in der Tat noch [illegible] so unumwundener und [illegible] ularisten im Süden wird [illegible] n, außerhalb ihrer Clique [illegible] ufangen. Es sind große [illegible] ne Rede beschloß. Im [illegible] ßen Sie arbeiten! Das [illegible] er laute Beifall der Ver- [illegible] allem wirklich ein neues [illegible] jetzt geht, und daß das [illegible]

[illegible] atte, ergriff als Alters- [illegible] Herold das Wort zu [illegible] nte seinem Vorschlage zu, [illegible] enhauses mit Ausnahme [illegible] die Landesversammlung [illegible] auf Freitag nachmittag [illegible] Zahl des Präsidiums und [illegible] vorläufige Regelung der [illegible] s Präsidiums der Landes- [illegible] zwischen den Fraktionen. [illegible] fozialdemokraten, voraus- [illegible] r, Abg. Leinert, werden. [illegible] stellen je einen Vizepräsi- [illegible] isherigen Vizepräsidenten [illegible] esversammlung dem Bei- [illegible] auch der Deutschnationalen [illegible] zu ermöglichen, die Wahl [illegible]

[illegible] für die zweite Sitzung [illegible] vorgerufen durch den Un- abhängigen Sozialdemokraten Adolf Hoffmann. Dieser verlangte, daß auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung ein Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes gesetzt werde. Der Lärm, der nach Ablehnung dieses Antrags von den Unabhängigen erhoben wurde, bietet einen Vorgeschmack der Szenen, die wir in den nächsten Tagen in der Preußischen Landesversammlung zu erwarten haben werden.

Die Arbeiten der Preußischen Landesversammlung.

Für die Verhandlungen der Preußischen Landesversammlung ist vorläufig nur ein Zeitraum von etwa acht Tagen in Aussicht genommen. Ob es aber möglich sein wird, in dieser kurzen Zeit die der Landesversammlung obliegenden Fragen zu lösen, erscheint doch recht zweifelhaft, zumal da bei den unabhängigen Sozialdemokraten sicher das Bestreben obwaltet, die preußische Volksvertretung solange als möglich zusammen zu halten, um eine Stätte für Agitationsreden zum Fenster hinaus zu haben. Aber auch abgesehen von dauernden Störungsversuchen wird die Landesversammlung in acht Tagen schwere Mühe haben, die ihr zugedachten Aufgaben zu lösen. Schon die Erledigung des Gesetzentwurfs über die vorläufige Staatsgewalt wird nicht so rasch erfolgen, wie in Weimar die Festsetzung des entsprechenden Gesetzes für das Reich. In Weimar wurden feinerzeit die Verhandlungen der Nationalversammlung stark verzögert durch die Schwierigkeiten, ein Einverständnis über die Zusammensetzung der Reichsregierung zu erzielen. Fast heute hat es den Anschein, als ob dieselben Schwierigkeiten jetzt auch für Preußen entstehen sollen. Jedenfalls ist es für Preußen nicht leicht, Zentrumsführer und Sozialdemokraten innerhalb der Regierung von denselben Wagen zu spannen.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 13. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 10 Min. Vor Eintritt in die Tagesordnung führt

Reichswehrminister Noske bezüglich der Berliner Vorgänge aus, daß, nachdem die Schlacht mit allen ihren Schrecken eine Woche lang getobt hat, der Aufstand als niedergeschlagen gelten könne. Nur noch in einzelnen Vororten sei die Säuberungsaktion vorzunehmen. Es müßte versucht werden, die Entwaffnung soweit als möglich durchzuführen. Daß es in Berlin zu einem wahnwitzigen Kampf, zum Mord und Plünderungen kam, sei zum größten Teil auf das Schuldkonto einiger Blätter, voran der „Roten Fahne" und der „Freiheit", zu setzen. (Abg. Haase wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, weil er in einem Zwischenruf Noske als „unverschämten Geselle" bezeichnet hatte.) Monatelang hätten diese Organe die Bevölkerung Berlins struppellos aufgepeitscht. Redner zitiert aus der „Roten Fahne" vom 5. März Ausführungen, in denen er, Noske, beschuldigt wird, die Proletarierleichen haufhoch in Deutschland geschichtet zu haben und worin die sozialistische Regierung als Wasserträger der deutschen Proletarier bezeichnet wird. Sie hören, daß die Mitglieder der Unabhängigen Fraktion (mit erregter Stimme und wiederholt mit der Faust auf den Tisch schlagend) alle diese Gemeinheiten und Schamlosigkeiten sich zu eigen machen. (Großer Lärm bei den Unabhängigen.) Die große Masse der Berliner Arbeiter sind selbstverständlich anständige Menschen. Aber wie bei allen großen Massenbewegungen, so hetzten sich auch bei diesem politischen Generalstreik allerlei unsaubere Elemente an die Fußspuren der ehrlichen und besonnenen Arbeiterschaft. Diese „Hyänen der Revolution" haben mit ihrem Treiben begonnen, ehe der Belagerungszustand verhängt war und ehe ich nur einen einzigen Soldaten nach Berlin habe einmarschieren lassen. Redner gibt sodann eine Schilderung der Vorgänge in Berlin. Die Marinedivision habe das abgeschlossene Arkanum gebrochen, indem sie zahlreiche Waffen an die Zivilbevölkerung ausgab. Die Volksmarinedivision, die so unendliche Mühe in Berlin gemacht hat, besteht nicht mehr. (Stürmischer Beifall.) Ich gedenke tief erschüttert der Männer, die in diesen Schreckenstagen ihr Leben ließen. (Frau Zietz wird wegen des Zwischenrufes „Amaläuker" zur Ordnung gerufen.) Fast eine ganze Woche lang habe ich verhandelt, um mit der Gewalt zu zögern. Die Behauptung, der Bürgermeister von Lichtenberg habe an mich gefärbelen und mich um Zurückziehung der Truppen ersucht, ist unwahr. Schweren Herzens und in höchster Not habe ich mich am 9. März abends entschlossen zur Anordnung des Standrechtes, denn ich durfte die Abschlachtung von einzelnen Soldaten nicht weiterdauern lassen. Mögen die Rasenden, die das Reich jetzt zerfören, wieder zur Vernunft kommen, damit ein normaler Rechtszustand bald wieder eintreten kann. Was geschah, verantworte ich vor dem Staate, dem Lande und dem Volke. Ich scheue das Urteil der Nation nicht. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Zwischenrufe bei den Unabhängigen.)

Es folgt der

Gesetzentwurf über die russischen Zahlungsmittel.

In der Debatte wendet sich

Abg. Haase (U. S.) gegen das Gesetz, das eine neue Feindseligkeit gegen die Sowjetrepublik darstelle, [illegible] aus politischen Gründen. Wir müssen uns gegen diese Vergütungs- und Bescheinigungsgelder wenden.

Das Gesetz wird in allen drei Lesungen mit einem Antrag der Mehrheitsparteien auf Anmeldepflicht der Bestände an russischen Zahlungsmitteln angenommen.

Es folgen die Abstimmungen über das Sozialisierungsgesetz. § 1 wird, nachdem ein Antrag der Unabhängigen, für den auch die Mehrheitssozialisten stimmen, mit 163 gegen 135 Stimmen abgelehnt worden ist, in der Ausschußfassung einstimmig angenommen.

Bei § 2 wird der Antrag Auer, der die Entschädigungspflicht beseitigen will, mit 136 gegen 92 Stimmen angenommen, was im Hause große Bewegung und Unruhe hervorruft. Es stellt sich schließlich heraus, daß ein Losen Stimmzettel nicht mitgezählt wurde, und nach endgültiger Auszählung ist der Antrag mit 165 gegen 135 Stimmen abgelehnt. § 2 wird hierauf in namentlicher Abstimmung in der Kommissionsfassung mit 246 gegen 53 Stimmen, bei einer Enthaltung, angenommen. Ebenso, unter Ablehnung aller Abänderungsanträge, der Rest des Gesetzes.

Es folgt die zweite Beratung des Kohlenwirtschaftsgesetzes. Es liegen verschiedene Abänderungsanträge vor. Außerdem beantragt die Kommission eine Entschließung, wonach der Nationalversammlung mit möglichster Beschleunigung der Gesetzentwurf über die Arbeiterräte vorgelegt werden soll.

Abg. Dr. Wieland (Dem.): Im Reichskohlenrat müssen alle Reichsteile berücksichtigt werden. Die Bergarbeiter bitte ich, nun das Ihre zu tun.

Abg. Graf v. Posadowsky (Dn.): Tausende von selbständigen Existenzen werden durch dieses Gesetz zu Agenten des Staates herabgedrückt.

Um 1 Uhr wird die Beratung bis um 2 Uhr ausgesetzt.

Nachmittagssitzung.

Abg. Henke (U. S.): Das Gesetz enthält nur erbärmliche Surrogate von dem, was die Arbeiter gefordert haben. Wir lehnen es ab.

Abg. Osterroth (Soz.): Die Unabhängigen sind gegen das Gesetz, weil es die Arbeiter beruhigt. (Abg. Cohn ruft: Frechheit; er wird zur Ordnung gerufen.) Die Bergarbeiter wissen aber selbst, was sie von den Unabhängigen zu erwarten haben. Wir betrachten das Gesetz als eine Etappe auf dem Wege zur Verstaatlichung des Bergbaues. Hätten die Herren von der Rechten zehn Jahre früher den Wert der Gewerkschaften gewürdigt, so hätten sie sich viel Spartakismus erspart. Die Bergarbeiter wollen Taten sehen. Dieses Gesetz ist eine Tat.

Abg. Koenen (U. S.): Unsere Anträge über die Einführung der Arbeiterräte in das Gesetz sind keine Phantasien. Bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichskohlenrates wird das Gesetz nur dazu führen, die Kohlenpreise weiter zu steigern. Weil das Gesetz kein sozialistisches ist, werden wir es ablehnen und der Öffentlichkeit sagen, daß die Mehrheitssozialisten einem solchen Gesetz zugestimmt haben.

Arbeitsminister Bauer: Um kein Agitationsargument aus der Hand zu geben, lehnen die Unabhängigen das Gesetz ab und hetzen in alter Weise weiter.

Abg. Walbaum (Dn.): Ein Teil meiner Freunde stimmt der Vorlage zu, da er glaubt, daß es noch gelingen kann, durch die Ausführungsverordnungen einen Teil der schweren Bedenken gegen das Gesetz zu beseitigen.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden darauf die einzelnen Paragraphen des Gesetzes angenommen, ebenso die Entschließung der Kommission über die Arbeiterräte. Darauf wird das Gesetz sofort auch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen und des größten Teiles der Rechten angenommen. Das Sozialisierungsgesetz wird in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Außerhalb der Tagesordnung erhält das Wort

Ministerpräsident Scheidemann: Pressenachrichten zufolge wird von französischer Seite in den besetzten Gebieten eine überaus rege Propaganda betrieben, die auf eine Losreißung rheinischer Gebietsteile vom Reiche hinzielen. Die Reichsregierung sieht darin einen durch keinen Vorwand zu beschönigenden Verstoß gegen das allgemein anerkannte Nationalitätsprinzip und eine unerhörte Vergewaltigung des einheitlichen fühlenden deutschen Volkes. Die rheinische Bevölkerung, die nichts gemein haben will mit

Neueste Nachrichten.

Die Ankunft Wilsons.

Brest, 14. März. (Priv.-Telegr.) Präsident Wilson ist gestern abend gegen 8 Uhr hier eingetroffen.

Die Ansprüche Italiens.

Basel, 14. März. (Priv.-Telegr.) Aus Paris wird gemeldet: Die italienischen Delegierten haben der Friedenskommission ein Memorandum eingebracht, in dem sie unter ausführlicher Begründung das Gebiet des oberen Etschtales, das Küstenland Istrien und einen Teil von Dalmatien verlangen. Italien müsse sich gegen neue Angriffe durch natürliche Grenzen schützen. Die großen und bedeutenden Städte dieser Gebiete, wie Triest, Fiume, Pola usw. seien durchweg italienisch.

Polnische Truppenlandung.

Danzig, 14. März. (Priv.-Telegr.) Zur Vorbereitung einer Landung polnischer Truppen sind 30 französische Mannschaften unter dem Kommando des Oberleutnants Marschall und des Fregattenkapitäns Hallod hier eingetroffen.

Ein Hilferuf Danzigs.

Weimar, 14. März. (Priv.-Telegr.) An den Reichsminister Erzberger wurde folgende Eingabe gemacht: „Die unterzeichneten deutschen Abgeordneten Westpreußens ersuchen sofort Schritte zu tun, um die polnische Truppenlandung zu hintertreiben und von der Stadt das Schlimmste abzuwenden. Dr. Käthe Schirrmacher Dn. Volkspartei), Katharina Kloß (Dem.), Gehl (Soz., Neck (Soz), Weinhausen (Demokr.), Gleichauf (Demokr.), Schümmer (Zentrum).

Der sächsische Ministerpräsident.

Dresden, 14. März. (Priv.-Telegr.) Die Volkskammer wählte den bisherigen Minister des Innern und Äußeren, Dr. Gradnauer (Mehrheitssozialist), zum Ministerpräsidenten mit 49 gegen 41 Stimmen. Dr. Gradnauer nahm die Wahl mit kurzen Dankesworten an.

Die Einberufung des bayrischen Landtages.

München, 14. März. Der Landtag wird am Montag vormittags 9 Uhr zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Wahl des Ministerpräsidenten, Beratung eines Ermächtigungsgesetzes, des provisorischen Staatsgrundgesetzes und eines Gesetzes zur Aufhebung der Familienfideikommisse.

Die Volksabstimmung in Schleswig.

Kopenhagen, 14. März. (Priv.-Telegr.) Die Regierung teilte den Reichstag mit, daß der Delegation des politischen Ausschusses von Paris Informationen zugegangen seien, wonach die Volksabstimmung in Nordschleswig in einem Monat und in Mittelschleswig zwei Monate danach stattfinden soll.

Eine englische Stimme.

London, 14. März. (Priv.-Telegr.) Ein Korrespondent des Reuterbureaus in Berlin berichtet über die letzten Vorgänge und bemerkt hierzu: Wenn Deutschland bis spätestens Mitte April keine Lebensmittel erhält, muß es tatsächlich buchstäblich verhungern. Die Kornvorräte sind im Mai erschöpft.

Spartakus überall.

Berlin, 14. März. (Priv.-Telegr.) Die „Vossische Zeitung" berichtet, daß der neue Polizeipräsident in Hamburg verschiedenen Plänen der Spartakisten auf die Spur gekommen ist. Man hofft daher, die verschiedenen Pläne zu vereiteln.

Der Belagerungszustand wieder aufgehoben.

Düsseldorf, 14. März. (Priv.-Telegr.) Wie wir erfahren, wurde gestern der Belagerungszustand wieder aufgehoben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190315-12/fragment/page=0007